

Er scheint täglich außer Montag, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags-Nummern mit Illustr. Sonntags-Beilage „Arbeiter-Zeitung“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 20 Pf. Monat. Einzeln. in der Verh. Zeitung-Druckerei für 1893 unter Nr. 6703.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgehaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereinst- und Verlautungungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 14. November 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Wie die Militärjustiz arbeitet.

Wie wir bereits kurz mittheilten, hat sich das Vorgehen der Dresdener Militär-Gerichtsbehörde gegen unseren Parteigenossen Gradnauer, den Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, als ein Dieb in die blaue Luft hinein erwiesen. Am Freitag wurde Gradnauer nach dreiwöchentlicher Haft dahin beschieden: „Seine Königl. Hoheit Prinz Georg zu Sachsen hat befohlen, den Unteroffizier der Reserve Gradnauer aus der Haft zu entlassen und ist das Verfahren gegen ihn einzustellen.“

So ist denn ein deutscher Staatsbürger urplötzlich verhaftet und aus seiner Thätigkeit herausgerissen worden, militärisch eingekerkert, drei Wochen lang den Peinlichkeiten einer militärischen Untersuchungshaft ausgesetzt, welche eine Untersuchungshaft bei bürgerlichem Gericht noch durch vielfache besondere körperliche und geistige Widerwärtigkeiten übertrifft; keiner seiner Angehörigen und Freunde erhielt Anstundt, was er begangen; eine außerordentliche Beunruhigung mußte sich in den weitesten Kreisen der Bevölkerung ausbreiten. Und warum dieses alles? Was hatte die Militärjustiz veranlaßt, einen Staatsbürger derartig zu beschweren und die öffentliche Meinung in solcher Weise zu erregen?

Was wir stets ansführten, was aber in der bürgerlichen Presse vielfach als unmöglich angesehen wurde, hat sich vollständig bestätigt, daß nämlich lediglich jene Notiz der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, welche mit den Worten schloß: „Gradnauer hat, soweit es unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, dazu beigetragen, den Sozialismus unter die Leute zu bringen, welche die Bajonette tragen“, den Anlaß zu der Verhaftung und zu der Anklage wegen Vergehen gegen § 102 des Militär-Strafgesetzbuches (Erregung von Mißvergnügen in Beziehung auf den Dienst unter den Kameraden) gegeben hat. Nicht die geringste ungeschehliche Handlung Gradnauer's war von irgend einer Seite dem Militärgericht bekannt gegeben worden, auch nicht der Schatten einer Thatfache lag vor, man verhaftete einfach darauf los, vielleicht wird sich da etwas finden! Gerade als ob das Schicksal des deutschen Staatsbürgers ein Spielball wäre für die sabeltrasselnde Justitia.

Die Notiz der „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ hätte vielleicht besser ungeschrieben bleiben können; man mag sich nicht verwundern, wenn aus grund derselben Nachforschungen bei der Kompagnie, bei welcher Gradnauer gestanden, angestellt wären, aber zu dem von der Militärbehörde eingeleiteten hochnothpeinlichen Verfahren gegen Gradnauer, ist ein irgendwie stichhaltiger Grund nicht im mindesten abzusehen.

Man betrachte die Notiz unbefangen. Man reise sie

vorerst nicht aus dem Zusammenhange, in dem sie gestanden, wie die Gerichtsbehörde es gethan. Gradnauer hatte nach Beendigung seiner wöchentlichen Reserve-Übung nicht daran gedacht, das geringste Wort über den Verlauf derselben in die Öffentlichkeit zu bringen. Da waren es gegnerische Blätter, sächsische Amtsblatt-Reptile und ähnliche Sippen, welche höhrend davon erzählten, und es gewissermaßen als löbliches Beispiel hinstellten, daß ein Kohlenhändler in Rohwein dringen darum gebeten habe, Gr. nicht in Quartier zu bekommen, da er Grenadier gewesen und ein königstreuer Mann sei. Jetzt erst nahm Gr. das Wort und theilte mit, dieser „königstreue“ Mann habe den bei ihm anstatt Gr.'s einquartierten Unteroffizier derartig behandelt, daß alle Unteroffiziere der Kompagnie denselben wegen dieses Quartiers — es galt auf drei Wochen — bedauerten, während Gr. selbst anderwärts eine sehr liebenswürdige Aufnahme gefunden habe; so sehe es mit der „Königstreue“ aus. In diesem Zusammenhange wurde dann weiter gesagt, Gr. könne überhaupt mit Befriedigung auf seine Übungszeit zurückblicken, da er sich der allgemeinen Anhänglichkeit bei Unteroffizieren und Soldaten seiner Kompagnie erfreut habe. Und zum Schluß kam dann die Stelle betreffend den Sozialismus.

Der ganze Artikel war also eine Polemik gegen die Ordnungspresse, welche darauf hingestrichelt hatte, daß es verdienstlich sei, einem Sozialdemokraten, auch wenn er seiner Militärpflicht nachkomme, noch das Leben besonders zu verhauern. Nein, sagte die betreffende Notiz der „S. A. Z.“, nicht Ihr könnt uns etwas anthun, sondern wir Sozialdemokraten haben die Sympathien, zwar nicht der „Königstreuen“, aber der anständigen Leute, ja wir wirken sogar noch im bunten Rock für unsere Ideen, für den Sozialismus.

Daß ein Mann, der Unteroffizier und früherer Offiziersaspirant war, sich militärisch durchaus ordnungsgemäß verhielt, mit seinen Kameraden in allen Situationen aufs freundlichste verkehrte, allenthalben aber als notorischer Sozialdemokrat, als sozialdemokratischer Reichstagskandidat von Dresden bekannt war, durch diese bloßen Thatfachen, durch seine Anwesenheit bei der Truppe an sich für den Sozialismus gewirkt hat, das ist für jeden, der sich in solche Verhältnisse hineinzuversetzen vermag, ohne weiteres klar. Wir haben schon vor 14 Tagen gesagt, daß so allein die Notiz aufgefacht werden könne. Heute können wir auf einige Vorkommnisse hinweisen, die unsere Annahme vollaus bestätigen, die sie sogar zeigen, daß einige Offiziere des betr. Regiments es Gr. sehr leicht gemacht haben, für den Sozialismus zu wirken.

Als Gr. seine Übung begann und einer Kompagnie überwiesen war, wurde er am nächsten Tage von dieser Kompagnie wieder fort zu einer anderen gestellt. Es ist anzunehmen, daß der Hauptmann der ersten Kompagnie, der gerade stellvertretender Bataillonsführer war, dies angeordnet hat, um den Sozialdemokraten los zu werden; dieser

anfallige Vorgang erregte die Aufmerksamkeit in beiden Kompagnien, um die es sich handelt. Sodann ließ der Major, in dessen Bataillon Gradnauer stand, diesen besonders zu sich berufen, hielt ihm eine Ansprache und trug so wiederum dazu bei, die Gedanken der Unteroffiziere und Soldaten auf den Sozialdemokraten zu lenken. Ferner verwarnete ein Hauptmann des Regiments einige Einjährige, mit Gr., der solche Gesinnungen habe, zu verkehren; frühere Einjährige, die mit Gr. zusammen zur Übung eingezogen und mit ihm sehr gut ausgekommen waren, sprachen sich, um uns vorsichtig auszubilden, sehr verwundert über solche Handlungsweise aus. Solche Dinge, die alle die Aufmerksamkeit auf Gradnauer lenkten, ließen sich noch mehrere anführen, worauf wir jedoch leider verzichten müssen, weil möglicherweise daraus ernste Unannehmlichkeiten für andere Personen erwachsen könnten. Besonders aber mußte auf solche Weise, sowie durch die kameradschaftliche Führung Gradnauer's bei den Unteroffizieren und Mannschaften seiner Kompagnie in den Köpfen vieler dieser Leute ein Nachdenken über die Frage entstehen: Sehen denn so die viel verfluchten und geschmähten Sozialdemokraten aus?

Man weiß ja, was für Bilder sich viele unwissende Menschen von einem Sozialdemokraten machen und gerade bei der Armee werden geflissentlich die kindischsten Anschauungen über das, was ein Sozialdemokrat ist, gepflegt. Wenn nun Unteroffiziere und Soldaten, die sich bisher unter einem Sozialdemokraten einem faulen, rüden Gesellen vorgestellt hatten, erkennen, wie falsch diese Vorstellung war, so werden sie bei irgend einer nächsten sich bietenden Gelegenheit für die Sozialdemokratie weit zugänglicher sein als zuvor.

Daß Gr. auf diese Art genau wie jeder verständige Sozialdemokrat, der seine Dienstzeit ableistet, die Köpfe der Soldaten für den Sozialismus vorbereitet und ihre Gemüther angeregt hat, das ist zweifelsohne. Das ist es ja gerade, wogegen sich der Militarismus, mag er noch so auftrumpfen, mag er sich hinter geheimerer Justiz verschansen, nimmermehr schützen kann. Wenn von unserer Seite schon öfter der Ausdruck der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, den Sozialismus unter die Leute bringen, welche die Bajonette tragen“, gebraucht worden ist, so haben wir ihn — abgesehen von solchen Leuten, die schon Sozialisten sind, wenn sie das Gewehr in die Hand bekommen — nur in demselben Sinne aufgefaßt und aufzufassen können wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“.

Alles dieses, was so klar liegt, daß ein Blinder es sehen kann, war aber für die Militärjustiz unsichtbar. Sie sah nicht auf den Anlaß jener Notiz, sie fragte nicht nach ihrem Sinn, sie suchte nicht, ernstliches Beweismaterial herbeizuziehen, sie ging — wirklich „schneidig“ — auf das vermeintliche Opfer los und siehe da, wie sie die Augen aufthat, es war nichts vorhanden, was selbst mit dem lautstuch-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

17

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen überseht.)

Kenia besuchte öfters die Bekannten ihrer Eltern, wobei es ihr jedes Mal vorkam, als ob sie aus einem Gefängnisse sich flüchtete. Das Leben zog sie an; die Prophezeiungen der Direktoren fingen an sich zu erfüllen. Kenia gab sich viel mit der Jugend ab. In diesen Kreisen wehte eine frische Lust; man sprach viel vom Volke, von den Wissenschaften und von der Gerechtigkeit. Kenia beabsichtigte nach dem Auslande zu reisen, um dort zu studieren und sich dadurch selbstständig zu machen. Eine ihrer Mitschülerinnen aus dem Institut reiste nach Zürich ab. Wie glücklich war diese im Vergleich zu Kenia; dieselbe hatte keinen Vater und die Mutter ließ sie ziehen. Kenia verachtete ihrem Vater ihre Absicht mitzutheilen, dieser aber wurde vor Aufregung darüber ganz roth im Gesicht und sagte: „Ich erlaube es nicht. Unterstehe Dich nicht, noch einmal davon zu reden.“

Kenia hatte aber keine Lust, sich dem Despotismus ihrer Eltern zu opfern, sie beschloß fortzuziehen, koste es, was es wolle.

„Das ist leicht zu machen“, sagten ihr ihre jungen Freunde, „Sie müssen heirathen, wir suchen für Sie

einen fittiven Mann, und gleich nach der Trauung sind Sie frei.“

„Aber mein Vater und meine Mutter werden die Heirath nicht zulassen.“

„Ist auch garnicht nöthig. Wir finden schon einen gefälligen Popen, dem es darauf nicht ankommt, auch wenn er Bruder und Schwesster miteinander trauen müßte.“

So sollte nun Kenia die Braut eines ihr unbekanntem Mannes werden; seine Bekanntschaft in einigen Tagen machen und sich dann mit ihm trauen lassen. Er kennt sie auch nicht, ist aber bereit, sie von der Gewalt ihrer Eltern zu befreien. Nach der Trauung würde er Kenia einen Schein ausstellen, daß sie von ihm getrennt leben kann, und ihr einen Paß zur Reise in das Ausland verschaffen und so würde Kenia mit ihrer Mitschülerin abreisen können. Unterdessen beunruhigte sich Kenia's Vater und Mutter sehr darüber, daß diese so oft das Haus verließ; Kenia sagte ihnen nichts von ihren Bekannten. Der Vater suchte Kenia einzusperrn, die Mutter klagte und weinte viel.

Eines Tags erschien ein neuer Bekannter in der Familie — ein wohlhabender Gutsherr.

„Gewiß ein neuer Bräutigam“, sagte sich Kenia. Und er war es: nach einigen Besuchen des Gutsherr's fragte die Mutter Kenia, ob dieser ihr Geselle.

„Wollt Ihr mich wieder verheirathen?“ — sagte sie unwillig, ich bitte Euch, laßt mich in Ruhe. Ich gebe mein Wort, daß ich nach einem Monat mich verheirathen werde.“

„Ala!“ sagte die Mutter, und der General dachte sich seinen Theil.

Die Mutter war beruhigt und dankte Gott für diese Aussicht. Nun ließ man Kenia in Ruhe wegen ihrer häufigen Abwesenheit von Hause.

Es war kaum eine Woche seit dieser Unterredung vergangen, als Kenia eines Tages das Haus verließ, ohne

zurückzukehren. Die Mutter fand in Kenia's Zimmer einen Brief, worin die Tochter sie bat, sich nicht zu beunruhigen und ihr versprach, sehr bald mitzutheilen, wo sie sich befinden würde und was mit ihr geschehen wäre.

Der General fand zuerst keine Worte, um seine Enttäuschung auszudrücken, so verblüffte ihn dieses unerwartete Ereigniß. Dann wurde er heftig und schrie, daß er die ganze Polizei auf die Beine bringen werde, um diesen Taugenichts zu finden. Die Frau überredete ihn, doch keinen öffentlichen Familienkandal hervorzurufen, dafür ließ er, wie gewöhnlich, seine Wuth an seiner Frau aus und quälte sie lange mit Vorwürfen wegen der schlechten Erziehung der Tochter.

Ein Brief mit einer ausländischen Marke versetzte dem väterlichen Despotismus einen neuen Schlag.

„Meine liebe Mama“, schrieb Kenia, „der Vater wollte mir nicht erlauben, zu studiren, und ich wurde dadurch gezwungen, mich zu verheirathen. Dadurch ist Euer Wunsch erfüllt worden, und mein Mann ist besser, als der, den mir der Vater zugebacht hatte. Dieser gab mir einen ausländischen Paß, und so befinde ich mich bereits in Zürich. Beunruhigt Euch meinethwegen nicht, es geht mir sehr, sehr gut.“

Von neuem tobte und wüthete der General; er schwor, daß er die Scheidung der Tochter durchsetzen, und den Popen, der sie getraut hatte, zur Zwangsarbeit verurtheilen lassen würde, aber schließlich mußte er sich mit der geschehenen Thatfache abfinden. Nach einigen Monaten fragte die Mutter ihn um die Erlaubniß, Kenia Geld schicken zu dürfen. Der General wehrte sie mit einer Handbewegung ab und sagte: „Sie ist nicht mehr meine Tochter, schicke ihr, falls Du Lust dazu hast.“

artigsten Paragrafen des ganzen Mil.-Str.-G.-B., mit der „Erregung von Mißvergnügen“ getroffen werden könnte.

Dieses Verfahren der Militärjustiz gegen Gradnauer wirkt wiederum ein großes Licht auf die Ungeheuerlichkeit der „rechtlichen“ Zustände, die der deutsche Militarismus sich bis heute zu bewahren gewußt hat trotz Jahrzehnte währenden Ansturms aller auch nur in gemäßigter Weise die bürgerliche Freiheit verteidigenden Parteirichtungen. Was unserm Parteigenossen Gradnauer zugefügt ist, ist offenbar nichts außergewöhnliches, sondern läßt nur darauf schließen, wie überhaupt die soldatische Justiz sich ihre Aufgaben vorstellt, wie ihre Thätigkeit bei anderen Untersuchungs- und Strafverfahren beschaffen sein mag.

Es ist kein Zweifel, daß man mit Gradnauer nicht anders verfahren ist, als man sonst zu verfahren pflegt. Und nicht in Dresden allein verfährt man also, nein, bei allen übrigen Militärgerichten Deutschlands dürfte es genau so, vielleicht vielfach noch weit schlimmer ausschauen. Was heute einem Gradnauer widerfahren ist, kann morgen jeden anderen betreffen, sowohl Soldaten, die noch im Dienst sind, als auch Zivilpersonen, die dem Beurtheilungsstande angehören, also für die ganze Zeit der Reserve- und Landwehrpflicht. Wenn heut z. B. ein Soldat zu einem Kameraden sagt: „Es ist bedauerlich, daß die neue Militärsvorlage vom Reichstage angenommen worden ist“, so kann er noch bis Ablauf der Verjährungsfrist von 5 Jahren, wenn er längst den Soldatenrock ausgezogen, wegen „Erregung von Mißvergnügen“ militärisch verhaftet, prozessiert und mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden. Der „Fall Gradnauer“ hat lediglich durch den besonderen Umstand, daß Gr. eine in weiteren Kreisen bekannte Person ist, dazu geführt, die öffentliche Meinung zu beschäftigen. Wie viele unserer Brüder im bunten Rock mögen in ganz ähnlicher Weise behandelt worden sein und sind noch täglich denselben Fährlichkeiten ausgesetzt, ohne daß die Öffentlichkeit das geringste davon erfährt!

Das Verfahren der Militär-Justizbehörde gegen Gradnauer wird hoffentlich gute Früchte tragen. Es hat die vollständige Kulturwidrigkeit der Militärjustiz wiederum deutlich aufgewiesen und diese Frage in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Es hat die Flamme des Volksgedankens gegen diese unwürdigen Zustände von neuem mächtig aufblenden lassen. Wir werden dieses Feuer weiter schüren so lange, bis das militärische Gerichtsverfahren mit Stumpf und Stiel ausgerottet sein wird, und endlich die Ehre unseres Volkes, wenn sie Jahre ihres Lebens dem Militarismus hinopfern müssen, wenigstens nach den Grundsätzen der modernen bürgerlichen Anschauungen von Recht und persönlicher Sicherheit leben dürfen.

Freilich wissen wir nur zu wohl, daß, so lange der Militarismus besteht, eine gründliche und vollständige Beseitigung solcher Uebelstände, wie sie das Verfahren gegen Gradnauer aufgedeckt hat, nicht möglich ist.

Die Lösung ist und bleibt also: Nieder mit dem Militarismus!

Druckfehler-Berichtigung. In dem Zeitartikel: „Im Auftrage: Freund“ (Nr. 267 vom 12. November) lies:
Spalte 1 Absatz 2, Zeile 2 von oben: Wesens Art, nicht: Wesens; Spalte 2 Zeile 7 von oben lies: freilich, nicht: fern; Spalte 3 Abs. 2 Zeile 3 von unten: Ziele-Winkler, nicht: Ziele-Winkler; Spalte 4 Abs. 3 Zeile 9 von oben: lies: erheben, nicht: erhalten; Spalte 4 letzter Absatz, vorletzte Zeile von unten muß das Fragezeichen fortlassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. November.

Sitzung des Bundesrathes. In der am 11. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrathes wurde der Entwurf eines Gesetzes wegen Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 pp. den Ausschüssen für Rechnungswesen, für das Landheer und die Festungen und für das Seewesen überwiesen. Dem Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Reich und Spanien wurde die Zustimmung ertheilt. Genehmigt wurden zum Reichshaushalts-Etat für 1894/95 die Etats der Marineverwaltung, der Verwaltung der Eisenbahnen, des Auswärtigen Amtes, des Reichsamtes des Innern, des Reichs-Eisenbahnamtes und des Rechnungshofs. Endlich

Im Auslande trat die Liebe Kenia's zum Volke in eine neue Phase. Dort sah das Mädchen das „Volk“ in den Arbeiterversammlungen; sie lernte die Bestrebungen desselben kennen, indem sie die kühnen Reden desselben anhörete. Andererseits begriff sie die raffinierte Verschlagenheit des Kapitalismus. Sie begriff, weshalb auch ihre Mutter die Skavin ihres Mannes war, und sah ein, daß bei den herrschenden Zuständen die Sklaverei des Volkes unvermeidlich sei.

Weber sie, noch ihre Freunde, noch alle gebildeten, christlichen Menschen zusammen können diese Festsung zerstören. Der Kapitalismus ist eine Großmacht, seine Wurzeln sind fest; Millionen Bajonnette, Tausende von Kanonen verteidigen ihn. Nur „er“, ihr geliebter Dulder, nur dieser Held — das Volk, dieser Simfon mit dem abgekehrten Paar konnte ihn besiegen, sobald er seiner Kraft sich bewußt wurde, nur er war so mächtig, daß er sich alle diese Bajonnette und Kanonen unterwerfen und sie gegen den Weltbeherrscher — den Kapitalismus — richten konnte. Sie triumphierte bei dem Gedanken, wie sich das Volk erheben und siegen würde.

„Wir, die wir auf Kosten des Volkes uns bilden, wir, so dachte sich das Mädchen, müssen ihm die Augen öffnen, ihm seine Feinde zeigen.“

Das schien ihr nicht schwer zu sein
Kenia sah in den Versammlungen, daß die Arbeiter dieses alles ebenso gut verstanden, wie sie, die den Ursprung des Volkseleudes kannte; und so wird es der russische Arbeiter und Bauer auch verstehen. Er schläft noch, es ist unbedingt notwendig, ihn mit dem Schlachtruf „zum Kampfe“ zu wecken.

Auf diese Weise nahm der Wunsch Kenia's, dem Volke zu dienen, bestimmte Formen an, sie mußte zu diesem Volke gehen und ihm sagen: „mache auf, bekriege Deine Feinde.“ Auf dem Gesichte ihres geliebten leidenden Volkes kam ein neuer Zug zum Vorschein — der der unzerstörbaren, aber schlummernden Kraft.

(Fortsetzung folgt.)

wurden der Besoldungs- und Pensions-Etat der Reichsbank-Beamten für 1894 und der Etat der Schutzgebiete für 1894/95 genehmigt.

„Der Chor der Landräthe“ — so nennt die „Nationalliberale Korrespondenz“ die 43 Landräthe, die den Preussischen Landtag jetzt schmücken — ein würdiges Produkt des „elendesten aller Wahlsysteme“. „Der Chor“ — griechisch Choros, lateinisch Chorus — bedeutet eine Gesellschaft von Menschen, die in gleichem Schritt sich bewegen und in gleichem Takt reden und singen. Das werden die Landräthe gewiß thun, sie werden in gleichem Takt ja! sagen, und in gleichem Schritt und Tritt gehen und einschwenken — rechts, links, rückwärts, marsch! Sie sind also ein „Chor“. Sie sind aber auch ein Korps, welches Wort ebenso ausgesprochen wird, — zwar kein Armeekorps, aber doch ein Korps von militärisch gedribenen Leuten, die auf Kommando hören und eines rollenwidrigen Seitensprunges unfähig sind. Man sagt ja auch „das Korps der Rache“, nicht: „der Chor der Rache“. Und so wissen wir wirklich nicht, was ist das richtigere: der Chor der Landräthe? oder das Korps der Landräthe? —

Die Vörsenkommission hat ihre Arbeiten beendet. Der Bericht an den Reichskanzler ist fertiggestellt. Ueber die Veröffentlichung desselben sind noch keine Bestimmungen getroffen. —

Groß und Klein. Ein echt staatsmännisches Wort ist dem bayerischen Minister des Innern während der letzten Kammerdebatten entfallen. Er sagte — so lesen wir in der „Münchener Post“ — während der Verhandlung über die Noth der Kleinbauern:

„Wer arbeitsam und sparsam ist, der kommt durch und vorwärts! Wenn doch diese Lehre den Großgrundbesitzern, die fortwährend nach der Staatshilfe schreien, gegeben würde! Dann ließe sich darüber reden. Aber natürlich, das Bauer, ist etwas ganz anderes! Für die armen Junkerjöhne, die in einer Nacht mehr verspielen, als die ganzen Anwesen von zehn Bauern werth sind, wird um Erlösung aus Wucherhänden gebeten. Den armen Kubbauern aber, die sich für ihre Gläubiger abradern müssen, sagt man: „Arbeitet nur fleißig, dann kommt ihr schon durch!“

Die „Münchener Post“ hat Recht. Was dem Großen recht, ist dem Kleinen nicht billig. Der Staat ist heutzutage der Staat der Reichen und Großen — und die Kleinen haben für die Großen zu sorgen. Nicht umgekehrt, wie die sozialdemokratischen Duerköpfe verlangen. Für den Großen die Liebesgaben und Staatshilfe, für den Kleinen die Steuern. Der Kleinbauer mag sich abradern und zu Grunde gehen — der Staat reicht ihm keine rettende Hand. Der Großbauer und Großgrundbesitzer mag Hunderttausende verprassen — er braucht nur laut zu „schreien“ — und der, gegen den Großen so großmüthige Staat stopft ihm flugs den Mund und die Taschen. —

Ein Muster-Staatsanwalt ist der erste Staatsanwalt in Dortmund, der gegen unseren Genossen Paul Voigt eine Strafe von 2 Jahren beantragte, und eine Strafe von 1 Jahr erwirkte. (Siehe unter „Partei-nachrichten“ der vorigen Nummer.) Die Anklage lautete u. a. darauf, daß Voigt in der „Rheinisch-westfälischen Volks-Zeitung“ die „Redaktion“ der Emser Depesche durch Fürst Bismarck beim richtigen Namen genannt hatte, nämlich eine Fälschung. „Der Verteidiger — wir folgen hier dem Bericht der „Freien Presse“ — beantragte zu diesem Punkt den Fürsten Bismarck eiblich darüber zu vernehmen, ob er den Text der Emser Depesche, die der Kriegserklärung 1870 als letzte Veranlassung diente, im Wortlaute und dem Sinne nach abgeändert habe, und ferner den ersten Staatsanwalt Paarmann darüber zu vernehmen, ob ihm diese Thatsache bekannt gewesen sei, als er den Toast auf den Fürsten Bismarck ausgebracht habe. Was den fraglichen Artikel anbetreffe, so seien darin Beleidigungen formaler Natur enthalten, die zu einer Bestrafung führen müßten. Indessen sei aber, und auch durch die frühere Verhandlung über die Vorfälle zu Wiede, festgestellt, daß Wahlunregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Dem Angeklagten sei nicht zu verdenken, wenn er glaubte, die nationalliberale Parteilichkeit habe Kenntniß von den Beeinflussungen erhalten, da schon im Jahre 1888 unrichtiger Fälschung halber die Wahl für ungültig erklärt wurde; und 1893 sollte sie ebenfalls kassirt werden. Wenn dann ein Wahlsieg gefeiert werde und dabei den Sozialdemokraten und dem Angeklagten die Galle überläuft, so sei das zu entschuldigen, wenn es auch keine Straffreiheit erwirke. Der Angeklagte sei in der Kritik zu weit gegangen, aber bei Festsetzung des Strafmaßes bitte er zu berücksichtigen, daß wirklich Unregelmäßigkeiten vorgefallen sind. Aus diesen Gründen sei der Angeklagte gelinde zu verurtheilen. Der Staatsanwalt entgegnete u. a.: Den Antrag auf Vernehmung des Fürsten Bismarck bitte ich abzulehnen. Es ist nach meiner Ansicht festgestellt, daß Fürst Bismarck die Depesche, als er sie aus dem Französischen übersehte, frei ins Deutsche übertrug, daß er allerdings aus einer Chamade eine Fanfare gemacht hat, um die Kriegserklärung zu erzwingen. Deshalb aber einen Diplomaten einen Fälscher zu nennen, ist völlig unstatthaft.“

Der Gerichtshof ging auf den Antrag des Verteidigers nicht ein. Ob er sich die Logik des Staatsanwalts zu eigen gemacht hat, ist aus unserem Berichte nicht ersichtlich. Wir haben es also nur mit dem Staatsanwalt zu thun, der als „festgestellt“ annimmt, daß Bismarck die Emser Depesche aus einer Chamade in eine Fanfare „frei überseht“, d. h. in das Gegenheil verkehrt hat und zwar, um eine Kriegserklärung zu erzwingen. Wir begnügen uns damit, die interessante „Feststellung“ aus staatsanwaltlichem Munde zur höheren Ehre des Fälschers der Emser Depesche nach Gebühr anzumagen. —

Deutsche Justiz. In der „Bosnischen Zeitung“ lesen wir:

Esan, 12. November. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich dieser Tage der schon mehrfach wegen seines gewaltthätigen Vorgehens, u. a. wegen Aussetzung einer Arbeiterkassette bei eisiger Kälte im Januar d. J. vorbestrafte Rittergutsbesitzer Hanich auf Zolbig deshalb zu verantworten, weil er im Juli d. J. eine polnische Magd mit der Reitpeitsche geschlagen und ihr Fußtritte versetzt

hat. Durch die Schläge mit der Reitpeitsche, die nicht bloß den Rücken, sondern auch den Kopf trafen, trug die Magd u. a. eine Verletzung am Auge davon, die sie zwang, sich in ärztliche Behandlung zu begeben. In dieser Züchtigung hat sich der Angeklagte dadurch hinreichend lassen, daß die Magd, die entlassen worden war, noch mehrere Male zurückkehrte und sich schließlich des Hausfriedensbruchs schuldig machte. Der Rittergutsbesitzer Hanich wurde schließlich zu 100 M. Geldstrafe, die polnische Magd aber wegen Hausfriedensbruchs zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt.

Wir fragen bloß, welche Strafe würde die polnische Magd erhalten haben, wenn sie vorbestraft gewesen wäre und den Rittergutsbesitzer Hanich mit der Reitpeitsche geschlagen und ihm Fußtritte gegeben hätte? —

Zur Sittenverrohung. In der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 310, Abendblatt) lesen wir:

Stuttgart, 7. November. In Gegenwart von 6—800 Personen (auch Damen) wurde heute in Miß's Thiergarten der „Elephant „Peter“, der seit längerer Zeit an einem unheilbaren Fußleiden litt, erschossen. Der Besizer hatte zu dieser „Fehlthat“ Karten zu 3 Mark das Stück ausgegeben. Herr Miß gab aus einem kleinkalibrigen Infanteriegewehr aus einigen Schritten Entfernung einen Schuß gegen den Schädel des Thieres ab, das, ins Gehirn getroffen, sofort todt zusammensank.

Epochen der Gesellschaftsäußerung, mit verlängerter und dauernd drohender Kriege zeichnen sich stets Sittenverrohung mit aus. Welchen Werth hat das Menschenleben in einer Zeit wie der unsrigen. Der Moschokultus, der sich mit dem Mammothkultus in die Herrschaft der Geister theilt, bringt Nichtachtung des Lebens mit sich, des eigenen wie des fremden. Wir brauchen heute nur das erste beste Zeitungsblatt aufzuschlagen, und überall starren uns die grauenhaftesten Verbrechen entgegen. Nord und Selbstmord bei dem geringfügigsten Anlaß — und alltäglich, garnicht mehr auffallend. Und Freuden an den rohesten Vergnügungen. Wir erinnern nur an die Pferde-Weitrennen und den vorjährigen Distanzritt. Wenn der Mensch nichts gilt, was soll das Thier gelten? Die spanischen Stierkämpfe hielt man bis vor kurzem bei uns noch für ebenso unmöglich, wie die altrömischen Cladiatorenspiele. Die Noth, welche wir oben abdruckten, wird den Optimisten eines anderen belehren. Die Herren und Damen, die 3 Mark Eintrittsgeld bezahlten, um ein krankes Thier tödten zu sehen und an dessen Todeskampf die erschlafenen Nerven zu reizen, werden mit derselben Wollust auch spanischen Stiergefächten und altrömischen Cladiatorenspielen zuschauen.

Ein freut uns dabei. Es ist die Entartung der herrschenden Klasse, die hier zu widerwärtigem Ausdruck kommt. Proletarier haben keine 3 Mark übrig für eine solche Vorstellung, und hätten sie das Geld, sie würden es besser anwenden. Nein — diese „6—800 Personen“ gehören der „Blüthe“ der Gesellschaft an. Und ist diese „Blüthe“ in anderen Orten etwa weniger verfault als in Stuttgart? —

Die letzte Invalidenkasse der Ditsch-Dunder'schen Gewerksvereine, früher der Stolz dieser „Arbeiterorganisation“, nämlich die Invalidenkasse des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter trat am 12. November in Liquidation. Die Zeit der Arbeiterorganisationen, die in Harmonie mit dem Kapital leben wollen, ist für immer vorbei. —

Das Ministerium Windischgrätz ist endlich zu stande gekommen, es ist die seltsamste Mißgeburt des Parlamentarismus, die je existirte, ein Ministerium, das aus je 2 Vertretern dreier politischer Parteien besteht und außerdem drei spezielle, keiner Partei angehörige Vertrauenspersonen des Kaisers zu seinen Mitgliedern zählt. Ein Bild merkwürdiger Einigkeit im Kampfe gegen das Proletariat, enthält es doch so viele Gegensätze, daß langes Leben ihm nicht prophezeit werden kann. Die Vertreter der einzelnen Parteien sind selbst nicht unter sich einig, Herr von Plener ist mit seinem liberalen Kollegen Wundbrand stets in vielen Fragen uneins gewesen, dasselbe gilt von den zwei Polen und den zwei Konservativen. Es ist anzunehmen, daß bald heller Kampf zwischen den neuen österreichischen Ministern entbrennen wird.

Am 20. November soll das österreichische Abgeordnetenhause wieder zusammentreten, das Ministerium will sein Programm demselben in der ersten Sitzung vorlegen. Wir brauchen nicht sehr begierig auf dasselbe zu sein, denn es dürfte wohl sehr nichtsagend, aber desto phrasenreicher sein. Ueber die Stellung des Ministeriums zur Wahlschuldfrage ist bloß bekannt, daß es den Laasche'schen Entwurf verwirft, was es an dessen Stelle vorschlagen will, ist unbekannt. Maßregeln strenger Art gegen die Propaganda der Sozialdemokraten, Antisemiten und Junggehehen sollen seitens der neuen Männer beachtet sein. Das größte Mißtrauen gegenüber diesem neuen Kurse in Oesterreich ist am Plage. Wir hoffen, daß unsere österreichischen Genossen sich der neuen Situation gewachsen zeigen werden. —

Wach, die Verkörperung der Reaktion in Oesterreich nach dem Jahre 1848/49, ist im Alter von mehr als 80 Jahren gestorben. Als mit radikalen Anschauungen Geschäfte zu machen waren, betheiligte er sich voll Eifer an der revolutionären Bewegung. Als aber Windischgrätz, der Großvater des jetzigen Ministerpräsidenten, Wien erobert hatte, verließ er feig, ehrlos und egoistisch die Sache des Volkes und stellte sich der Reaktion bedingungslos zur Verfügung. Er verblieb im Ministerium, dem er seit dem 18. Juli 1848 angehörte, und ward dessen leitender Geist. Mit Energie und Rücksichtslosigkeit verfolgte er jede freiheitliche Bewegung in Oesterreich und gleichzeitig suchte er die Ungarn und Czechen zu germanisiren, sobald er für ein gut Theil des Deutschenchaffes in Oesterreich verantwortlich ist. Mit dem Sturze des Absolutismus war auch Wach's politischer Stern erloschen, wohl wirkte er noch als Gegner des Liberalismus eine Zeit lang als österreichischer Votschaffer am päpstlichen Hofe. Doch war diese Thätigkeit und seine Mitgliedschaft im österreichischen Herrenhause nicht mehr von Bedeutung. —

Die Nachwahlen in der Schweiz. Aus Bern wird telegraphirt:

Bei den gestrigen Nachwahlen zum Nationalrath verloren die Radikalen in Basel einen Sitz an die Konservativen, behaupteten dagegen den Sitz in Neuenburg. In Appenzell-Auerroden siegte der liberale Kandidat über den ultramontanen. In Tessin werden wahrscheinlich die Radikalen einen Sitz erhalten und in den beiden Stichwahlen, welche nöthig sind, werden voraussichtlich die Ultramontanen siegen. Im

*) Durch ein Versehen aus der Sonntag-Nummer weg-geblieben.

gängen gestaltet sich das Ergebnis der Wahlen zum Nationalrat für die Parteien so, daß die Radikale-DEMOKRATEN 5 Sitze verlieren und drei gewinnen, die Ultramontanen vier verlieren und die Liberal-Konservativen sechs gewinnen. Die Radikalen behalten auch im neuen Nationalrat eine große Mehrheit. Nicht wiedergewählt wurden u. a. Favon-Genf (radikal) und Pöyhön-Freiburg (ultramontan).

Natürlich! Französische Bourgeoisblätter hatten behauptet, die sozialistischen Abgeordneten wollten zur Eröffnung der Kammer nach theatralischem Aufzug feierlich in den Sitzungssaal einmarschieren. Daraus erklären die sozialistischen Abgeordneten, das sei erlogen. Wir wundern uns bloß, daß die sozialistischen Abgeordneten es der Mühe werth hielten, die blödsinnige Lüge zu beachten. —

Ganz wie bei uns. Aus Paris wird telegraphirt: Montag, 18. November. Ein sozialistisches Blatt hatte einen vertraulichen Bericht des Staatsanwalts von Douai an den Justizminister Guérin veröffentlicht, worin die gerichtliche Verfolgung der Bergarbeiter-Syndikate empfohlen wird. Die Untersuchung hierüber ergab, daß das sozialistische Blatt durch in den Besitz des Berichts gekommen war, daß derselbe von dem Bureaudirektor verloren wurde, durch welchen der Justizminister den Bericht an den Ministerpräsidenten Dupuy überfandte hatte. Der Ministerpräsident machte dem Justizminister wegen dieses unvorsichtigen Verhaltens heftige Vorwürfe, so daß letzterer, dem „Figaro“ zufolge, seine Entlassung angeboten hätte.

In Deutschland ist es vorgekommen, daß sogar Minister selbst und — noch höhere Herren wichtige Schriftstücke verloren haben. —

Streik der Marzeiller Pferdebahn-Bediensteten. Aus Paris wird uns geschrieben: In Marzeille ist es dieser Tage zu einem Streik der Tramwaybediensteten gekommen, der die Bourgeoispresse in Paris verzeht. Nicht etwa, weil es da zu Unruhen gekommen, sondern weil der Bürgermeister die Pferdebahn-Gesellschaft für den Streik verantwortlich macht und ihr anzeigt, daß sie den normalen Fahrdienst bei Verlust ihrer Fahrkonzession einzuhalten habe, da er diesen Streik für keinen gewöhnlichen betrachten könne. Er werde die Ordnung, schrieb er ihr, unter allen Umständen aufrecht erhalten, doch dürfe dies keineswegs als eine Zustimmung zu dem Verhalten der Pferdebahn-Gesellschaft gegenüber ihren Bediensteten betrachtet werden. „Ich konstatiere, daß ihre Gesellschaft sich gewieget hat, die ihren Bediensteten gegenüber freiwillig übernommenen Verpflichtungen einzuhalten, und man darf die Verantwortlichkeit für diesen Stand der Dinge der Tramwaykompagnie selbst zuschreiben.“ In der That hat der Generaldirektor der Pferdebahngesellschaft bei einem vor wenigen Wochen unter seinen Bediensteten ausgebrochenen Streik mehrere ihrer Forderungen in Gegenwart des Bürgermeisters bewilligt und so die obwaltenden Differenzen in der friedlichsten Weise ausgeglichen. Nun aber der damals geschlossene Vertrag in Kraft treten sollte, wollte die Gesellschaft nichts davon wissen. Dies die Ursache des Streiks. Und kaum war er ausgebrochen, ließ die Gesellschaft bekannt geben, daß diejenigen, die sich nicht beim nächsten Namensaufruf eingefunden haben, sich als entlassen betrachten können, was zu den Unruhen Veranlassung gab. Es ist darum nur allzu begründet, wenn der Bürgermeister die Tramwaygesellschaft für den ganzen Streik verantwortlich macht. Was antwortet nun diese darauf? Daß ihr Generaldirektor wider den formellen Auftrag ihres Verwaltungsraths gehandelt habe und sie demzufolge durch seine Unterschrift nicht gebunden sein könne. Daß auf diese Weise nachträglich jeder Vertrag einer Aktiengesellschaft für nichtig erklärt werden könnte, ist selbstverständlich, dürfte aber kaum Rechtsgültigkeit erlangen. Den Bourgeoisblättern zufolge hat natürlich niemand mehr Unrecht, als der Bürgermeister, von dem es als selbstverständlich gilt, daß er nicht der Ursache des Streiks nachzuforschen, sondern sich von vornherein auf Seite der Tramwaygesellschaft zu stellen hat. Wie konnte er sich aber auch in einer Zeit, wo ihm die Staatsgewalt ein so hübsches Beispiel beim Bergarbeiterstreik im Pas de Calais gab, wie man bei einem Streik vorgehen hat, sich sogar so weit vergessen, der Tramway-Gesellschaft mit dem Verlust ihrer Konzession zu drohen! Es ist dies so unerhört, daß man, um für solchen Frevel passende Worte zu finden, weit in der Geschichte bis zu den römischen Cäsaren zurückblättern muß, wie dies der „Temps“ gethan hat, der das Vorgehen des Bürgermeisters eine „neronische Willkür“ nennt und seinen diesbezüglichen Artikel mit den Worten schließt: „Die Bürger von Marzeille haben ihren Caligula gefunden!“ Es fehlt nicht viel und der „Temps“ wünschte vielleicht, daß der Bürgermeister von Marzeille ein ähnliches Ende wie Caligula fände, der bekanntlich ermordet wurde. Und das wollen Schiedsrichter der öffentlichen Meinung sein!

Chauvinismus zu Wasser. Die Londoner „Times“ befürwortet eine Radikalreform der englischen Flotte. Unter Radikalreform ist verstanden, die englische Flotte solle so groß werden, daß sie den Flotten aller übrigen Länder zusammen genommen gewachsen sei. Das leitende Cityblatt will gern 100 Millionen Pfd. Sterl. (= 2000 Millionen Mark) zu diesem patriotischen Zweck opfern. Die Herren Bourgeois zahlen das Geld ja doch nicht aus eigener Tasche. Indeß würde die Summe, riesig wie sie ist, bei weitem nicht ausreichen. —

Für unabhängige Arbeiterkandidaturen in England. In der neuesten Nummer der „Fortnightly“ Review, die lange Jahre Herr John Morley, den Vize-Präsidenten, zum Redakteur hatte, ist eine formidable Anklageschrift gegen das Ministerium Gladstone erschienen, überschrieben „Boll Israel's, jurid in Deine Zelle“, und unterzeichnet „The Fabian Society“. Es wird darin ausgeführt, wie wenig der Vorseher der einzelnen Regierungs-Departements, mit ein paar rühmlichen Ausnahmen, bisher für die Arbeiter gethan, selbst in solchen Punkten, wo die Opposition der Tories ihnen nicht im Wege stand, d. h. wo sie auf dem reinen Verwaltungswege ihre Sympathie für die Arbeiter betätigen konnten, und es werden die Arbeiter aufgefordert, sich von den Liberalen zu trennen und rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen, um bei den bevorstehenden Wahlen überall, wo die Kandidaten nur irgend günstig, den Liberalen unabhängige Arbeiterkandidaten gegenüberzustellen, und sich nicht abdrücken zu lassen, daß durch Spaltung der Stimmen etwa die Tories ans Ruder kommen könnten.

Dieser Artikel hat einige Sensation erregt, da gerade die „Fabian Society“, trotzdem ihre Mitglieder sich zur Sozialdemokratie bekennen, bisher sehr starke Fühlung mit den Liberalen unterhalten und es als die richtige Politik erklärt hätte, in die liberale Partei sozialistische Ideen einzutragen, sie mit Sozialismus zu durchdringen.“ Sie sind wegen dieser Durchdringungs- oder Durchsetzungs-theorie von den übrigen Sozialisten

weiblich verhöhnt und angegriffen worden, namentlich da praktisch die Sache meist dahin führen müßte, die Arbeiter und Sozialisten einfach für den Preis einiger Reformbroden an den Wagen der liberalen Partei zu spannen. Und nun plötzlich diese Kriegserklärung, die Herr Champion kaum anders hätte schreiben können, und die auch in der konservativen und unionistischen Presse mit großem Jubel begrüßt worden ist! Man ist versucht, die Sache für eine Mystifikation zu halten, und doch ist bekannt, daß das Manifest von den beiden einflussreichsten Mitgliedern der „Fabian Society“, den Herren Sidney Webb und G. B. Shaw, ausgearbeitet worden und vom Komitee der Partei nach eingehender Verathung genehmigt worden ist. Herr Shaw hat in einem Interview, das in der jetzt konservativen „Pall Mall Gazette“ erschienen, erklärt, das Manifest sei bitterer Ernst, Herr Webb es dagegen in einem Interview mit einem Vertreter der radikalen „Sun“ für einen Scherz erklärt, bestimmt, den Witzig im Gladstoneschen Kabinett die Hölle heiß zu machen, im übrigen aber von den besten Absichten für die Wiederwahl der Liberalen besetzt.

Das letztere ist wohl auch die korrektere Version. Herr Shaw ist ein sehr wichtiger — fast zu wichtiger Mann, aber sein Kollege Webb ist der konsequenterer Politiker und weiß, was er will. Für seine Lesart spricht auch, daß das Manifest mit abschlicher Umgebung der bestehenden sozialistischen Organisationen sich ausschließlich an die Trade-Unions wendet. Die Trade-Unions sollen die unabhängige Arbeiterpartei bilden. Erfahrungsgemäß sind aber die Witzig als Trades-Unions-Abgeordnete bisher immer nur hinter den Liberalen hergelaufen. Auch ist nicht einmal zu erwarten, daß die Trades-Unions besondere Anstrengungen im Sinne des Manifestes der Fabier machen werden. Es wird nur da wirken, wo die laut dem Bulletin der „Fabian Society“ ausschließlich ignorirten sozialistischen Organisationen, „Independent Labor Party“, „Sozialdemokratische Föderation“ etc. die Trade-Unions „durchgesetzt“ haben.

Das italienische Parlament ist auf den 23. November einberufen. Amerer Giolitti! Die Schonzeit naht ihrem Ende. —

An die falsche Adresse wendet sich wieder einmal die „Kreuz-Zeitung“, indem sie, anlässlich des Barcelonaeer Bombenattentats, den Franzosen vorwirft, sie züchteten den Anarchismus. Die „Kreuz-Zeitung“ sollte doch ihre Pappentelken kennen, und wenn sie Züchter des Anarchismus hiebt, vor der eigenen Thüre oder doch in ihrer nächsten Nähe nachsehen. Herr von Hammerstein braucht bloß bei seinem Parteigenossen Puttkamer nachzufragen, der einst im Reichstag erklärte: „Ich habe die Anarchisten lieber als die Sozialdemokraten“, und der, um seine Anfrichtigkeit zu beweisen, auch eine ganze Heerde von Anarchisten und Nichtgentlemen heran- und aufzog, die Dynamit predigten, Rezepte für Dynamitbomben (wie sie jetzt in Barcelona verandt wurden) anfertigten und verbreiteten, — kurz alles thaten, um die „Kunst“ der Dynamitattentate zu lehren und unter die Leute zu bringen. Nur kein sentimentales Komödienspiel unter Angenen! Die „Kreuz-Zeitung“ ziere sich nur nicht. Sie kennt den Himmel, so gut wie wir — und sie kennt ihn als Freundin der Dynamitreich-Züchter, während wir deren Feinde sind. Sie weiß so gut, wie wir, daß mindestens neun Zehntel aller „Anarchisten“, die irgendetwas eine Rolle gespielt haben, im Dienste der Polizei waren und sind. Und die Polizisten aller Länder sind Weiber, und zur modernen Internationalen der Polizei gehört doch die „Kreuz-Zeitung“, wenn auch nicht direkt, doch durch ihre Hintermänner, Freunde und Gönner. —

Die alte Lüge. Ein gewisser Dr. Karl Wedding behauptet — unter Billigung des Binders, der ihm in seiner Norddeutschen Allgemeinen den Segen giebt, in dem Organ der Grubenbarone („Stahl und Eisen“): Die Arbeitslosen in Amerika seien „zum allergrößten Theil Arbeitsscheue.“ Es ist die richtige Sorte, die so schreibt. —

Moderner Krieg. Aus Südafrika werden neue englische Siege gemeldet. Die Einzelheiten, die man erfährt, sind wahrhaft empörend. Von Kämpfen und Gefechten kann da eben so wenig die Rede sein, als von einem „Kämpfen“ mit dem Bild auf der Treibjagd. Die Matabela's sind zwar keine Hasen, im Gegentheil, sie sind von heroischer Tapferkeit und gehen todesmüthig auf den Feind los. Aber sie kommen nicht an ihn heran. Sie können ihm so wenig Schaden thun, wie der Gase dem Jäger, denn sie werden vorher niedergeschossen — niedergeschossen wie die Hasen auf der Treibjagd. Wo ist da der Heldennuth „der Sieger“? Und wer kann auch von Helde-n-rühm reden? Die Schlächter der Miesenschlachthäuser von Chicago haben dasselbe Anrecht auf Lorbeerkränze wie die lebendigen Mordmaschinen, die mit stählernen Mordmaschinen, ohne das geringste Risiko, per Mann ihre 10 oder 20 Menschen maschinenmäßig todschießen. Freilich die Todtschessenen sind bloß „Wilde“. Und die Todtschieser sind „Träger der Zivilisation“.

Barbarei und Zivilisation. Die chinesische Regierung hat die Einfuhr von Maschinen verboten, weil viele Menschen durch die Maschinen brotlos gemacht würden. Es fällt uns selbstverständlich nicht ein, das Verfahren der chinesischen Regierung billigen zu wollen. Allein wenn wir vor die Frage gestellt wären: welche Regierung ist die humanere und vertritt mehr die Zivilisation, eine Regierung, die, um Millionen von Arbeitern vor dem Hunger zu schützen, die Einfuhr von Maschinen verbietet, oder eine Regierung, die es duldet und theilnahmlos mit zusieht, wie Millionen von Menschen im Interesse des Kapitalismus durch die Maschinen zu Grunde gerichtet werden, so würden wir uns keinen Augenblick besinnen und antworten: die erstere.

Zum Glück liegt die Frage nicht so. Wir werden die Maschinen behalten und den Kapitalismus stürzen. —

Parteinachrichten.

Ein weiterer Prozeß soll — wenn man den sächsischen Amtsblättern glauben darf — gegen Genosse Diehl eingeleitet werden wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch einen Artikel gelegentlich des Militärdenkjubiläums des Königs von Sachsen.

Und Sebnitz wird gemeldet: Zur Verachtung der drei sächsischen Genossen durch österreichische Gendarmen schreibt das hiesige Grenzblatt, daß die Verhafteten aus dem Gainspacher Bezirksamte nach Böhmisch-Weipa überführt worden sind. Bei der näheren Untersuchung des Verhaftungsstatals im Bezirksgericht soll auch eine im Wschelaffen verdeckte Tasse mit sozia-

listischen Schriften aufgefunden worden. Weitere Nachrichten fehlen uns.

Zu zwei Monaten Gefängnis wurde Genosse Diehl, Redakteur der „Burgener Zeitung“ vom dortigen Schöffengericht verurtheilt wegen Beleidigung des Stadtraths Krippendorff. Die Beleidigung wurde gefunden in einem Artikel, betitelt: Die Strafmandate gemacht werden. Es wurde dort gerügt, daß die hiesige Polizei bei Erlassung von Strafmandaten leichtfertig vorgehe, und dies wurde durch zwei Beispiele nachzuweisen gesucht. Es betraf dies zwei Fälle, in denen Geschäftsleute von Konkurrenten denunzirt worden waren, sie verkauften minderwerthige Waare. Die Polizei hatte ohne vorherige Untersuchung einfach Strafmandate gefaßt. Das Gericht sprach die Ansicht aus, daß die Polizei bei Anzeigen nicht die Pflicht habe, die Sache genau zu untersuchen, sondern sobald eine Anzeige eingehe, welche der Polizei nur glaubwürdig erscheine, habe diese das Recht, zu strafen, das Weiterer der gerichtlichen Entscheidung überlassend.

Mit Hochdruck arbeiten, genau wie in Deutschland, auch in Oesterreich die Behörden, um die „Führer“ der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung unschädlich zu machen. So fand erst kürzlich eine Schwurgerichtsverhandlung gegen Genossen Töbala, Redakteur der „Baderzeitung“, und am 18. November eine solche gegen Genossen Tischka, Redakteur des „Osterr. Metallarbeiter“, statt.

Auch Genosse S. Stark, Redakteur des „Glück auf“, ist wegen Ehrenbeleidigung, begangen durch die Presse, angeklagt. Verurtheilt wurden am 20. Oktober in Briinn die Herausgeber der „Ravnost“, des „Zensky List“, der „Rasplo“, des „Odb list krejsich“ (Schneider-Fachblatt), zu je 20 Gulden Geldstrafe, event. 4 Tage Arrest.

Der Herausgeber der „Cervantsky“, zu 50 Gulden Geldstrafe, eventuell 10 Tage Arrest.

Der Redakteur der „Ravnost“, Genosse Gubesch, zu einer Geldstrafe wegen Uebertretung des § 26 des Pressgesetzes.

Vom Landes- und Appellationsgerichte in Prag wurden die Genossen Maschel, Kaiser, Gitzosky, Müller und Bella aus Příbram wegen Uebertretung des § 2 des Versammlungsgesetzes zu je 10 Gulden Geldstrafe, eventuell 48 Stunden Arrest verurtheilt.

Dieses Vorgehen der Behörden wird natürlich den von denselben unerwünschten Erfolg haben, daß die Genossen nur immer eifriger werden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung von Schutzleuten wurde der Schlosser Jäschke in Breslau zu 5 Monaten Gefängnis verurtheilt. Das Vergehen war in angetrunkenem Zustande in seiner eigenen Wohnung begangen worden. Einige Nachbarnfrauen, welche die Schimpfereien hörten, machten mehrere Schutzleute darauf aufmerksam; diese drangen nun in die Wohnung des Jäschke ein, bei welcher Gelegenheit die zweite „Strafthat“ (Beamtenbeleidigung) begangen wurde.

— Wegen „Religionsbeschimpfung“ wurde in Wien ein Fräulein zu acht Tagen strengen Arrest verurtheilt. Die Beschimpfung wurde darin gefunden, daß sie das Beten für nutzlos erklärt und hierin anknüpfend den Heiligen Vers ättir hatte: „Den Himmel überlassen wir, den Engeln und den Engeln.“

— Die Strafverfolgung der „Münchener Post“, welche die Verhandlungen des bayerischen Landtages in scharfer Weise kritisiert hatte, wurde von diesem abgelehnt, mit dem Bemerkten jedoch, daß bei einem gleichen Vorkommniß in Zukunft ein anderes Verdict abgegeben werden dürfte.

— Unkenntniß der Gesetze schützt nicht vor Strafe. Das mußten auch einige Genossen in Hastedt erfahren, welche eine kaltengemäß feststehende Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins nicht besonders angemeldet hatten. Wenn aber simple Staatsbürger wegen Unkenntniß der Gesetze, welche im obigen Falle vom Gericht auch als erwiesen erachtet wurde, doch in die übliche Strafe genommen werden, wie viel mehr mußte der gleiche Grundsat dann Geltung haben unseren Beamten gegenüber. Diese lassen sich in ihrem Dienst oft die gräßlichsten Vergehen verzeihen zu Schulden kommen. Beschwerden seitens der Betroffenen haben nur in sehr seltenen Fällen irgend welchen Erfolg gehabt. Der uniformierte Beamte darf eben das Gesetz ungestraft verletzen, er hat dann nur — gelert.

Soziale Ueberblick.

An die Photographen. Die allgemein schlechte, wirtschaftliche Lage, die sich in allen Kreisen der Bevölkerung bemerkbar macht, übt naturgemäß auf unseren Beruf einen ganz besonders starken Druck aus. Es ist daher auch ganz natürlich, daß es der Nothwendigkeit der Bevölkerung immer mehr zur Unmöglichkeit wird, etwas für sogenannten „Luxus“ auszugeben. Hierzu kommt noch ein anderer Umstand, der wohl am meisten geeignet ist, unseren einst blühenden Beruf immer mehr herabzudrücken. Die Arbeitslosigkeit in den meisten Berufszweigen, hervorgerufen durch die größere Ausnutzung der Maschinenkraft, hat zur Folge, daß immer mehr Menschen gezwungen sind, sich einen Nebenverdienst zu schaffen, ja zum Theil sogar einen andern Beruf zu wählen. Bei dieser Wahl kommen selbstverständlich diejenigen Erwerbszweige besonders in Betracht, welche scheinbar leicht zu erlernen sind und einen — relativ — hohen Verdienst abwerfen. Zu diesen Berufen gehört mit in erster Linie die Photographie. Namentlich aus den graphischen Fächern sehen wir täglich mehr Lithographen, Xylographen etc., deren Beruf durch die neueren Reproduktionsverfahren dem Untergange preisgegeben ist, sich der Photographie zuwenden und hier die ohnehin nicht hohen Löhne noch mehr herabdrücken. Hier muß Wandel geschaffen werden durch eine starke Vereinigung. Sehen wir doch um uns! Beamte, Lehrer, gründen Vereine zur Wahrung der Interessen ihres Standes. Nur die Photographen stehen abseits ohne Organisation. Ist es z. B. nicht beschämend für uns, daß, während alle anderen Berufszweige ihre Vertreter im Obergericht haben, wir allein darauf angewiesen sind, uns durch jemand vertreten zu lassen, der nicht unserem Berufe angehört? Ist es fernherin nicht tief demüthigend, daß die Behörde bei den Erhebungen betreffs der Sonntagruhe die Vermittlung eines Tischlers für uns in Anspruch nehmen mußte?

Kollegen! Wenn Ihr mit uns von der Nothwendigkeit der Schaffung einer Fachorganisation durchdrungen seid, so erscheint zu der Versammlung am Dienstag, den 14. November, Abends 8 Uhr, im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstraße 72.

Mit kollegialem Gruß

Im Auftrage:
A. G. Günther, Prinz, Schröder, Steinhauser.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 14. November.
Opernhaus. Der Zigeuner.
Schauspielhaus. Die Geschwister.
Deutsches Theater. Kain. — Der König von Thule.
Berliner Theater. Abie.
Fessing-Theater. Der Erste seines Stammes.
Friedrich-Wilhelm-Adi-Theater. Freund Feliz.
Kesdew-Theater. System Ribadier.
Wallner-Theater. Gitz-Vorstellung.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Die eiserne Jungfrau.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Ene.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Berlin bei Nacht.
Theater Unter den Linden. Münchener Kindl.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.
Doppelvorstellung zu einst. Preisen. Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Brudens. Kouplets v. Linderev. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Samst.
Vorher:
Berlin bei Nacht. Poffe in zwei Akten von Anton Anno. Regie: Hugo Hummel.
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 19. November, Nachmittags 3 Uhr: Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen:
Othello, der Mohr von Venedig. Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare. Regie: Max Samst.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 50.
Dienstag, den 14. November:
Zum 8. Male:
Die eiserne Jungfrau. Poffe mit Gesang in 3 Akten von Charles Clairville. Musik von Louis Varney. Anfang: 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Wallner-Theater.

Nur diesen Monat Gastspiel-Cyclus des

Eden-Theaters

Direktion: B. Schenk.
Größtes phant. Establishment der Welt.
Dienstag 7 1/2 Uhr:

Elite-Gala-Vorstellung.

7 1/2—8 1/2 Uhr: Persönliches Auftreten des hervorrag. Sensations-Jauberers der Gegenwart Hr. B. Schenk.
8 1/2 Uhr: Die Metamorphose i. Vagno.
9 Uhr: Die räthselhafte Luftwandlerin Miss Edith.
9 1/2 Uhr: Im Reiche der Schatten, hochkomische Spezialität.
9 1/2 Uhr: Prof. Schalkenbach's weltberühmter Orchester-Elektro-Motor.
9 1/2 Uhr: Fata Morgana, Schönheits-Gallerie, Riefenhaupt.
10 Uhr: Der Diamanten-Palast, hydr. Freerie. Gigantische fairy fountains. Tableaux vivants etc.
Morgen, Mittwoch, Nachm 4 Uhr: Familien-, Schul- u. Kinder-Festvorstellung
zu ganz herabgesetzten Preisen, u. and. l. Parquet, l. Rang-Loge u. Balkon 1 M., 2. Rang-Loge und Balkon 50 Pf., Gallerie 25 Pf. u. f. w.

Castan's Panopticum.

Neue Gruppe:
Unverhoffter Besuch
in
Castan's Atelier.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:

Die Bajazzi.

Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Böhmisches Brauhaus.

Sandberger Allee.
Dienstag, den 14. November ev.:

Stettiner Sänger.

Anfang 8 Uhr.
Zum Schluss: Ein gestörtes Rendezvous. Komisches Ensemble.

Entree 50 Pf.

Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.)
Donnerstag, den 16. Noobr.: Soiree in Sanssouci.

American-Theater.

Neu! Zwerchfellerschütternd! Neu!
Die Gründung Roms
in der Wödenstraße,
oder:
Die Rache
des
Gänjerich's.

Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Ukl! Humor!
Auftr. sämtl. Spezialitäten.
Anf. Abg. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Alcazar.

Dresdenstr. 52/53 (City-Pass.)
Miss Nessi,
die schönste Taubentönigin der Welt tritt Abends 9 1/2 Uhr auf.
Abends 9 Uhr:
Der naturkomische Bendig.
Heu! Hierauf! Heu!
Eine alltägliche Geschichte.
Charakterbild m. Gesang i. 1 Akt
Anfang: | Wochentags 7 1/2 Uhr.
| Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree Wochentags 15 Pf.
R. Winkler.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Täglich von 5 Uhr ab:
Grosses Frei-Concert
Soireen der krippiger Sänger von Kryttal-Palast.
Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle
für Festlichkeiten u. Versammlungen.
8 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Sid. 60 Pf. Programm unentgeltlich. Carl Koob.

Passage-Panopticum.

Nur noch kurze Zeit:
Der blaue Mann.
Die Abenddame.
11—1 Uhr. 4—9 Uhr.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Reklaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Präuser's MUSEUM

anatomisches
Friedrichstraße 63a, Ecke Mohrenstraße
darunter der
Schulsaal der
Regeln des
deutschen Militärs, fünf Körper
gehend durch
Geöffnet von früh 9—10 Uhr Abends
für erwachsene Herren.
Dienstag u. Freitag: Damentag.
Entree 50 Pf.

Unserm Sangesbrüder Fritz Letz

zu seinem heutigen Wiegenfeste die herzlichste Gratulation. 1596
Die Mitglieder
des Sangesvereins „Osten“ der Metall-Arbeiter.

Unserm Kollegen und Genossen zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch. 51402
Onkel Wilhelm, geh nicht zu weit.

Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Parquetleger 1626

Franz Behnke

nach schweren Leiden am Sonntag, den 12. d. M., 1 Uhr, im Alter von 42 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15., Nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Fürstenbergerstr. 11, nach der Zionsgemeinde, Weissenhof, statt.
Die trauernden Verwandten.

Danksagung.

Allen den lieben Verwandten, Kollegen und Freunden für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank.
Berlin, den 12. November 1893.
Die tiefbetrübte Witw. Cbenans nebst Sohn. [1615]

Unserm Schwabbelbruder u. Sudiker Robert Bergel

zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreifaches donnerndes Hoch, daß die Schwabbelbrüder das Madelot bekommen, und die Gläser Pokka tanzen. 1576
Verein Schwabbel.

Genossen und Genossinnen! Die Beerdigung meiner Frau findet heute Dienstag, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Wilhelmsherg statt. 1596
Carl Mahlitz.

Danksagung.

Für die liebe und rege Teilnahme am Grabe unseres theuren, entschlafenen Max Raatz, Metallarbeiter, sagen allen Freunden u. Bekannten, insbesondere der Deputation u. Kollegen des Feuerwerks-Laboratoriums s. Spandau, sowie dem Metallarbeiter-Verein unseren herzlichsten Dank. 1496
Die trauernden Hinterbliebenen.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz.
Täglich: Grosse
Spezialitäten-Vorstellung
von nur Künstlern I. Ranges:
Bernhard Leitner, Athlet-Preis-
ringer. Sbargulap, indischer
Jongleur. Brother Barotti, Kopf-
Equilibrist. Fris. Glaser, Duct-
tistinnen. Herren Cordes und
Ziorath, Gesangs-Humoristen.
Pratelli Bozza, italien. musical.
Steinseher.
Kasseneröffnung: Sonntags 5 Uhr,
Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr,
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
A. Zimmermann.

Louisenstädt. Klubhaus,

Annenstraße 16.
Saal zu Versammlungen und Vergnügen sowie Vereinszimmer empfiehlt
48402
L. Ehrenberg.

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin.

General-Versammlung
am Freitag, den 24. November,
im oberen Saale der Armin-Hallen
in der Kommandantenstraße.
Tages-Ordnung:
7 Uhr:
Versammlung der Arbeitgeber.
a) Erziehung für drei ausgeschiedene
Vorstandsmitglieder.
b) Neuwahl für die am 1. Januar
auscheidenden Vorstandsmitglieder.
8 Uhr:
Versammlung der Arbeitnehmer.
a) Erziehung für ein ausgeschiedenes
Vorstandsmitglied.
b) Neuwahl für die am 1. Januar
auscheidenden Vorstandsmitglieder.
Hieraus gemeinsame Versammlung.
a) Beschlußfassung über die Kranken-
hauspflege für Geschlechtskranke.
b) Beschlußfassung über Erhöhung der
Beiträge.
c) Wahl des Rechnungsausschusses.
d) Verathung des neuen Statuts.
e) Das Verhältnis der Kasse zur
Charite.
f) Verschiedenes.
Die Herren Arbeitgeber, sowie die
Herren Delegirten sind hiermit dringend
eingeladen.
88/11
Der Vorstand.

Bücher-Ankauf

Meyer's u. Brockhaus Verita, Brehm's
Thierleben und andere Werke laust
Antiquariat Hochstraße Nr. 56 I.

Bekanntmachung.

Erster Nachtrag
zum
Statut der Orts-Krankenkasse
für den Gewerbebetrieb d. Kauf-
leute, Handelsleute u. Apotheker
zu Berlin
vom 14. Dezember 1892.
Artikel 1.
An die Stelle des § 30 des Statuts
treten nachstehende Bestimmungen:
§ 30.
Die wöchentlichen Kassenbeiträge be-
tragen:
1. für die Mitglieder der I. Klasse 57 Pf.
2. " " " II. " 48 "
3. " " " III. " 39 "
4. " " " IV. " 24 "
5. " " " V. " 21 "
Artikel 2.
Die vorstehend abändernden Be-
stimmungen treten mit dem 19. Oktober
1893 in Kraft.
Berlin, den 28. August 1893.
Orts-Krankenkasse für den Gewerbe-
betrieb der Kaufleute, Handelsleute
und Apotheker.
Der Vorstand.
gez. Groll, gez. Scherk,
Vorstand. Schriftführer.
Vorstehender Nachtrag wird hierdurch
genehmigt. 189/11
Berlin, den 19. Oktober 1893.
J.-No. 4098. gez. Kayser.

Vereinszimmer,
großes, zu vergeben.
Rene Hochstr. 49.

Verein der Berl. Buchdrucker und Schriftgiesser.

Infolge wichtiger Vereinsangelegenheiten fällt der zur nächsten Vereins-Versammlung angekündigte Vortrag des Herrn Geh.-Rath Prof. Dr. Förster aus.
Der Vorstand.

Charlottenburg.

Am Mittwoch, den 15. November, Abends 8 Uhr, in
Triesethau's Salon, Sophie-Charlottenstr. 94:
Große öffentliche
Kommunalwähler-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent Stadtv.
Genosse Förgmann-Berlin. 2. Diskussion. 428/2
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Das Wahlkomitee.

Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher Mitglieder der
Orts-Krankenkasse für das Bierbrauergewerbe
am Donnerstag, den 16. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
im grossen Saale der Aktienbrauerei Friedrichshain.
Tages-Ordnung:
1. Unsere Orts-Krankenkasse, was sie war, was sie ist, und was sie
sein soll. 2. Welche Wünsche oder Beschwerden haben die Mitglieder in
Bezug auf die Kasse? 3. Verschiedenes. 88/10
Der Einberufer: Ludwig Lang, Sandbergerstr. 6, 3 Tr.

Deutscher Holzarbeiter-Verein

(Zahlstelle Berlin).
Die ersten Werkstattvertrauensmänner-Versamm-
lungen finden in folgenden Bezirken statt:
Wedding-Gesandbrannen. Mittwoch, den 15. November, Abends 8 1/2 Uhr,
im Colberger Salon, Colbergerstr. 23.
Hüdesen. Montag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann,
Oranienstr. 180.
Hüdwesten. Montag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Heinrichs,
Blücherstr. 61.
Rosenthaler Vorstadt. Montag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei
Keller, Bergstr. 68.
Osten. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Josl. Andreas-
straße 21.
Westen. Mittwoch, den 22. November, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Königs-
hof, Wilowsir. 37—40.
Moabit. Sonntag, den 10. Dezember, Vormittags 9 1/2 Uhr, in Krenns'
Brauerei, Thurmstr. 26.
Tagesordnung in allen Versammlungen: Verathung über die Arbeits-
und Lohnverhältnisse in unserem Gewerbe.
Alle Werkstätten, Tischler, Drechsler, Würfelmacher, werden auf-
gefordert, einen oder zwei Vertrauensmänner zu dieser Versammlung zu
entsenden. 431/7
Die Lokalverwaltung.

Konkordia-Festsäle.

Andreasstrasse 64. Konkordia-Festsäle. Krautstrasse 39.
Sente, Dienstag, den 14. November, Abends pünktlich 8 1/2 Uhr:
I. Abonnements-Konzert
(Gesellschafts-Abend)
der Freien Vereinig. der Zivil-Berufsmusiker.
Orchester: 60 Mann. — Dirigent: G. Grass. — Programm: 5 Pf.
Zur Aufführung kommt u. A. die Overture zum Trauer-
spiel „Robespierre“ von Litolff.
Abonnementskarten für 4 Konzerte gültig 4 60 Pf. (auch als
Familienbillet für 4 Personen zu 1 Konzert) in allen mit Plakaten belegten
Handlungen und Lokalen; nähere Angaben solcher in der Donnerstag-
nummer des „Vorwärts“.
Da das Unternehmen nur bei großer Beteiligung reussiren kann,
so bitten wir um möglichst zahlreiche Unterstützung. 899/13
Der Vorstand.

Typographia

Gesangverein Berliner Hochdrucker
und Schriftgiesser. 1447/2
Heute Übungsstunde.

Orts-Krankenkasse

Boxhagen-Rummelsburg
Donnerstag, den 23. November 1893,
Abends 8 Uhr:

Generalversammlung

im Yowinkel'schen Restaurant,
Sauptstr. 83, hier
Tagesordnung: 1. Wahl eines
Ausschusses zur Prüfung der Rechnung
für 1893. 2. Neuwahl von Vorstands-
Mitgliedern. 3. Beschlußfassung über
Abänderung der Statuten. 4. Ver-
schiedenes. 968/12
Rummelsburg, 7. November 1893.
Der Kassen-Vorstand.
M. A. Rohr.

Verband der in Holzbearbeitungs- Fabriken und auf Holzplätzen besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin II (Nord).
Dienstag, den 14. November 1893,
Abends 8 1/2 Uhr. 174/18
im Lokale des Hrn. Rehlitz, Bergstr. 12:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Ver-
bandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden gebeten,
in dieser Versammlung zu erscheinen.
Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Verein der Berl. Buchdrucker und Schriftgiesser.

Infolge wichtiger Vereinsangelegenheiten fällt der zur nächsten Vereins-Versammlung angekündigte Vortrag des Herrn Geh.-Rath Prof. Dr. Förster aus.
Der Vorstand.

Charlottenburg.

Am Mittwoch, den 15. November, Abends 8 Uhr, in
Triesethau's Salon, Sophie-Charlottenstr. 94:
Große öffentliche
Kommunalwähler-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent Stadtv.
Genosse Förgmann-Berlin. 2. Diskussion. 428/2
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Das Wahlkomitee.

Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher Mitglieder der
Orts-Krankenkasse für das Bierbrauergewerbe
am Donnerstag, den 16. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
im grossen Saale der Aktienbrauerei Friedrichshain.
Tages-Ordnung:
1. Unsere Orts-Krankenkasse, was sie war, was sie ist, und was sie
sein soll. 2. Welche Wünsche oder Beschwerden haben die Mitglieder in
Bezug auf die Kasse? 3. Verschiedenes. 88/10
Der Einberufer: Ludwig Lang, Sandbergerstr. 6, 3 Tr.

Deutscher Holzarbeiter-Verein

(Zahlstelle Berlin).
Die ersten Werkstattvertrauensmänner-Versamm-
lungen finden in folgenden Bezirken statt:
Wedding-Gesandbrannen. Mittwoch, den 15. November, Abends 8 1/2 Uhr,
im Colberger Salon, Colbergerstr. 23.
Hüdesen. Montag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann,
Oranienstr. 180.
Hüdwesten. Montag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Heinrichs,
Blücherstr. 61.
Rosenthaler Vorstadt. Montag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei
Keller, Bergstr. 68.
Osten. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Josl. Andreas-
straße 21.
Westen. Mittwoch, den 22. November, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Königs-
hof, Wilowsir. 37—40.
Moabit. Sonntag, den 10. Dezember, Vormittags 9 1/2 Uhr, in Krenns'
Brauerei, Thurmstr. 26.
Tagesordnung in allen Versammlungen: Verathung über die Arbeits-
und Lohnverhältnisse in unserem Gewerbe.
Alle Werkstätten, Tischler, Drechsler, Würfelmacher, werden auf-
gefordert, einen oder zwei Vertrauensmänner zu dieser Versammlung zu
entsenden. 431/7
Die Lokalverwaltung.

Konkordia-Festsäle.

Andreasstrasse 64. Konkordia-Festsäle. Krautstrasse 39.
Sente, Dienstag, den 14. November, Abends pünktlich 8 1/2 Uhr:
I. Abonnements-Konzert
(Gesellschafts-Abend)
der Freien Vereinig. der Zivil-Berufsmusiker.
Orchester: 60 Mann. — Dirigent: G. Grass. — Programm: 5 Pf.
Zur Aufführung kommt u. A. die Overture zum Trauer-
spiel „Robespierre“ von Litolff.
Abonnementskarten für 4 Konzerte gültig 4 60 Pf. (auch als
Familienbillet für 4 Personen zu 1 Konzert) in allen mit Plakaten belegten
Handlungen und Lokalen; nähere Angaben solcher in der Donnerstag-
nummer des „Vorwärts“.
Da das Unternehmen nur bei großer Beteiligung reussiren kann,
so bitten wir um möglichst zahlreiche Unterstützung. 899/13
Der Vorstand.

Die Stadtverordnetenwahlen.

Bei der heutigen Stadtverordneten-Graswahl der dritten Abtheilung wurden folgende Sozialdemokraten gewählt:

- Gottfr. Schulz . . . im 13. Wahlbezirk,
- Tollsdorf . . . im 16. Wahlbezirk,
- Wille . . . im 23. Wahlbezirk,
- Gieshoit . . . im 36. Wahlbezirk,
- Gleinert . . . im 37. Wahlbezirk,
- Vogtherr . . . im 41. Wahlbezirk.

Die Sozialdemokraten haben demnach ihre drei Mandate behauptet und in drei Bezirken gesiegt. In zwei Bezirken kommen Sozialdemokraten in Stichwahl und zwar im 9. Wahlbezirk Genosse Kising mit dem Freisinnigen Ullstein und im 29. Wahlbezirk Genosse Gumpel mit dem Freisinnigen Reiskner.

Die Wahlergebnisse der einzelnen Bezirke lassen wir nachstehend folgen:

- 1. Wahlbezirk.** Läterow (S.) 114. Jordan (freis.) 76. Grieben (konf.) 48. Gewählt Jordan.
- 3. Wahlbezirk.** Läterow (S.) 78. Dr. Hentig (konf.) 492. Niesel (freis. Ver.) 455. Müller (freis.) 89. Stichwahl zwischen Hentig und Niesel.
- 4. Wahlbezirk.** Läterow (S.) 175. Wienstrud (freis.) 550. Zerplittert 7. Gewählt: Wienstrud.
- 6. Wahlbezirk.** Läterow (S.) 96. Försterling (lib.) 642. Zeidler (konf.) 105. Gewählt Försterling.
- 9. Wahlbezirk.** Kising (S.) 444 Stimmen. Ullstein (freis.) 574 Stimmen. Burchard (konf.) 318 Stimmen. Stichwahl zwischen Kising und Ullstein.
- 13. Wahlbezirk.** Gottfr. Schulz (S.) 1141. Emil Schulze (freis.) 179. Gewählt Gottfr. Schulz.
- 16. Wahlbezirk.** Tollsdorf (S.) 993 Stimmen. Vogel (freis.) 309. Gewählt Tollsdorf.
- 18. Wahlbezirk.** Zabel (S.) 428. Herbig (freis.) 718. Gewählt Herbig.
- 20. Wahlbezirk.** Tollsdorf (S.) 460. Rosenow (freis.) 838. Gewählt Rosenow.
- 22. Wahlbezirk.** Dupont (S.) 521. Törmer (freis.) 760. Gewählt Törmer.
- 23. Wahlbezirk.** Wille (S.) 805. Ramslau (freis.) 395. Gewählt Wille.
- 29. Wahlbezirk.** Gumpel (S.) 891. Reiskner (freis.) 761. Haase (konf.) 209. Stichwahl zwischen Gumpel und Reiskner.
- 31. Wahlbezirk.** Wagner (S.) 209. Sattler (freis.) 1208. Pregel (konf.) 875. Gewählt Sattler.
- 36. Wahlbezirk.** Gieshoit (S.) 1780 Stimmen. Goldschmidt (freis.) 698 Stimmen. Bellermann (konf.) 468 Stimmen. Gewählt Gieshoit.
- 37. Wahlbezirk.** Gleinert (Soz.) 1946 Stimmen. Weigert (freis.) 931 Stimmen. Gewählt Gleinert.
- 41. Wahlbezirk.** Vogtherr (Soz.) 2097 Stimmen. Mink (freis.) 1039. Gewählt Vogtherr.

Unsere Berichterstatter skizzieren folgende Wahlbilder:

Die Beteiligung an der Wahl war im ersten Wahlkreise im allgemeinen bis Mittag klein, für Sozialdemokraten wurden wenig Stimmen abgegeben. Während der Mittagspause mehrte sich die

Zahl der sozialdemokratischen Stimmen. Bald nach 2 Uhr begannen die Schlepper ihre Arbeit. Die Folge davon war regere Beteiligung unserer Genossen. Im Allgemeinen nahm man an, daß der für Bezirk 1, 3, 4 und 6 aufgestellte Kandidat ein Hausbesitzer sein müsse, und der unsererseits aufgestellte Genosse Läterow bei den Genossen als Hausbesitzer nicht bekannt sei. Deshalb auch die geringe Beteiligung.

Im einzigen Wahlbezirk des zweiten Reichstags-Wahlkreises, in welchem ein Sozialdemokrat aufgestellt war, im neunten, trat so recht zu Tage, was eine wirtschaftlich abhängige Stellung da bedeutet, wo die politische Ansicht offen zum Austrag gebracht werden muß. Im genannten Bezirk wohnen eine Menge Eisenbahn-, Post- und Pferdebahnbeamte, von denen bei der Reichstags-Wahl viele — nach dem Resultat derselben gerade in diesem Bezirke zu urtheilen — für A. Fischer gestimmt haben müssen. Diesmal erschienen dieselben entweder gar nicht oder wählten konservativ. So kam es, daß trotz der nach 6 Uhr Abends sich schneller vermehrenden sozialdemokratischen Stimmen in den Wahlbureaus bestenfalls eine Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen und freisinnigen Kandidaten erwartet wurde.

Für die im dritten Reichstags-Wahlkreise belegenen Kommunal-Wahlbezirke 16, 18 und 20 fand am Sonntag, den 12. November, nochmals eine öffentliche, gutbesuchte Wählerversammlung im „Etablissement Buggenhagen“ am Moripplatz statt. Reichstags-Abgeordneter Paul Singer, der das Referat übernommen hatte, führte in seiner bekannten drastischen Weise den Anwesenden all die schon so oft besprochenen Sünden der Berliner Stadtverwaltung an ihrem geistigen Auge vorüber und forderte unter lebhaftem Beifall zur Wahl der in den betreffenden Bezirken aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten auf. Nach kurzer Debatte gelangte eine ebenfalls dahin zielende Resolution zur einstimmigen Annahme. Gegner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort. Mit brausendem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Die Psychognomie des Straßenlebens war am Wahltage dieselbe wie an gewöhnlichen Wochentagen. Von einer ähnlichen Aufregung der Gemüther, wie etwa gelegentlich der Reichstagswahl, war wenig oder nichts zu spüren. Nur in der Nähe der zum Theil in Schulen — diese waren geschlossen — untergebrachten Wahllokale zeigte sich namentlich um die Mittagszeit und in den Abendstunden ein etwas bewegteres Treiben. Um diese Zeit rückten die politisch reifen Arbeiter truppweise zur Abgabe ihrer Stimme für unsere Kandidaten an die Wahlurne. Offen und frei, häufig der wirtschaftlichen Nachteile, die ihnen daraus entstehen könnten, klar bewußt, gaben sie ihrer Meinung ungeschminkt Ausdruck. Die Beteiligung war im Allgemeinen nicht eine solche, wie bei den Kommunalwahlen im Jahre 1889. Zum guten Theil rührte dies wohl daher, daß die sogenannte Bürgerpartei (die Konservativ-Antifemiten) in diesen Bezirken keine Kandidaten aufgestellt hatte. Das große Heer der kleinen Beamten blieb bezeichnender Weise mit sehr geringen Ausnahmen von der Wahl fern. Im Heranrücken der wirtschaftlich direkt von ihnen abhängigen Elemente leisteten die „Freisinnigen“ übrigens großartig. Kein Leichenbitter, Nachwächter, Kleinerverbetreiber, Portier u. s. w. wurde von ihren Liebeswerbungen verschont und angesichts der Noththeile, die aus etwaiger Weigerung erwachsen, mag wohl manch einer gegen seine Ueberzeugung gewählt haben. Die Herren dürfen darum auf ihre vermeintlichen Siege nicht sehr stolz sein. In den eigentlichen Arbeiterquartieren ist es mit ihrer Herrlichkeit zu Ende. Noch sei bemerkt, daß die Genauigkeit der Wählerlisten viel zu wünschen übrig ließ. Steuerzahler, die zwei Jahre und länger in demselben Hause wohnen und die der Steuererheber resp. der Greisler sehr leicht findet oder finden würde, waren nicht in der Wählerliste aufgeführt. Allerdings trifft zum großen Theil die Betroffenen die Schuld selbst. Oft genug ist zur Einsicht der Wählerlisten durch unsere Presse ermahnt worden. Viele sind um ihr Wahlrecht gekommen, die, obgleich sie in der Liste standen, vergessen hatten, sich mit Legitimation zu versehen, darum abgewiesen worden und bis 7 Uhr nicht mehr das Wahllokal erreichten. In einigen Lokalen, so beispielsweise in der Briherstraße 17/18, zog sich die Wahlhandlung, nachdem um 7 Uhr die Thüren geschlossen waren, bis gegen 8 Uhr hin.

Im 23. Wahlbezirk herrschte unter den für die Wahl des Genossen Wille thätigen Arbeitern bereits um 1/3 Uhr eine siegesgewisse Stimmung. Um diese Zeit waren nämlich

nach den Feststellungen des Wahlbureaus der „Nothen“ schon 385 Stimmen für Wille abgegeben, während für Ramslau erst 150 Wähler gestimmt hatten. „Der „Ententeicher“ fliegt hinaus!“ hörte man verschiedentlich von den Genossen prophezeien. — Im 22. Bezirke war man zur selben Zeit nicht so froher Laune. Obgleich nach den Mittagsstunden das Verhältnis der abgegebenen Stimmen ein der Sozialdemokratie günstiges war — etwa 300 zu 200 — gaben sich die „arbeitenden“ Genossen keinen großen Hoffnungen hin, weil, wie sie sagten, in dem Bezirke zu viele Beamte und Bourgeois und zu wenig Arbeiter wohnten, jene aber erst am Nachmittag wählen kommen würden. — Im 18. Bezirke, der schon durch Anhänger des Sozialismus vertreten war, galt die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten, des Genossen Gottfried Schulz, von vornherein als sicher. Nachmittags 1/4 nach 4 Uhr hatten 819 Sozialdemokraten und 113 Freisinnige gewählt, trotzdem entfaltete man sozialdemokratischerseits noch eine sehr rege Thätigkeit bezüglich der „Säumigen“; zum Theil gab man die vorhandenen Kräfte an die Wahlbureaus „unsicherer Bezirke“ ab.

Im fünften Berliner Reichstagswahlkreise hatte die dritte Abtheilung heute in zwei Bezirken die Kommunalwahl auszuüben, im 29. und 31. In beiden war, wie das in der Natur der Sache liegt, die Beteiligung von Arbeitern am Vormittag und noch bis Vesper eine sehr geringe; in dieser Zeit wählten vielmehr in der Hauptsache nur Geschäftsleute. Gleichwohl waren im 29. Bezirke auch bereits vor Vesper unsere Genossen entschieden im Vortheil. In dem Wahllokale Georgenkirchstr. 2 hatte Genosse Gumpel um 1 1/2 Uhr bereits 4 Stimmen mehr als die beiden Gegenkandidaten zusammen, und eine Stunde später war das Stimmverhältnis in dem ganzen 29. Kommunal-Wahlbezirk folgendes: Wir hatten 308 Stimmen, die Freisinnigen 298, die Antifemiten 44. Weniger erfreulich gestaltete sich die Wahl im 31. Bezirke. Hier machten die Freisinnigen und die Antifemiten verzweifelte Anstrengungen, um einander den Sieg zu entreißen. Das Geld schien dabei für beide Parteien gar keine Rolle zu spielen, so viele überflüssige Stimmzettel-Vertheiler hatten sie für 5 M. pro Mann engagirt. Allein im Wahllokale Auguststraße 67/68 hatten sich für beide bürgerliche Parteien zusammen acht bis zehn Stimmzettelvertheiler eingefunden; wir hatten dort Morgens einen, später zwei. Die Antifemiten zeichneten sich hier wieder durch besonders große Aufopferlichkeit aus, sie ließen es verabschiedlich nicht beim Ueberreichen des Zeitels bewenden, sondern ergriffen den nichtahnenden Ankömmling einfach beim Arm und schleppten ihn an den Wahlstisch wie ein Opfer zur Schlichtbank. Für uns versprach dieser Wahlbezirk, wie gesagt, nicht viel, da die Wähler hier fast ausschließlich aus Unternehmern und leicht kontrollirbaren Angestellten derselben rekrutirten. Im Wahllokale Sippsstraße 2a waren verschiedene Männer an den Genossen, welche die Stimmzettel für Wagner hatte, mit der Frage herangetreten: „Muss man hier bei der Wahl seinen Namen nennen?“ Auf die bejahende Antwort erklärten sie, dann könnten sie ihr Stimme für unseren Genossen nicht abgeben. Solcher Art ist das sogenannte Wahlrecht des Proletariats. Uebliche Fälle wurden dem Schreiber dieses auch im 29. Bezirke mitgetheilt. Aus diesem sei noch erwähnt, daß der Schlossermeister Paul Haase, der dort für die Antifemiten kandidirte, seinen Lehrling, einen noch recht jungen Burschen, früh Morgens nach dem Wahllokal in der Georgenkirchstraße zum Stimmzettelvertheiler geschickt hatte.

Im sechsten Wahlkreise wurde die kommunale Wahlschlacht in drei Wahlbezirken geschlagen, im 36., 37. und 41. Kommunal-Wahlbezirk. Zwei von diesen gehörten der Sozialdemokratie und zwar der 37. und 41. Bezirk, welche durch die Genossen Snadt (37.) und Vogtherr (41.) im rothen Hause vertreten wurden. Vogtherr kandidirte wieder in seinem Wahlbezirke, während an Stelle Snadt's, welcher eine Kandidatur abgelehnt hatte, Genosse Gleinert kandidirte. Diese beiden Bezirke galt es also zu behaupten, während der 36. Bezirk neu zu erobern war. In diesem Bezirke kandidirte Genosse Gieshoit. Der alte Schlandrian bei den Stadtverordnetenwahlen, wie er vordem geherrscht hat, ist seit dem Eingreifen der Sozialdemokratie vollständig geschwunden und wird der Klassenkampf jetzt bereits auch bei den Kommunalwahlen mit großer Erbitterung geführt, wenigstens von Seiten der Gegner, was recht deutlich zutage trat im 37. Wahlbezirk. Hier war unser Kandidat Gleinert

Theater.

Leipzig-Theater. Der Erste seines Stammes. Seit Ludwig Fulda's „Verlorenes Paradies“ ist der brave Bürgermann, der sich von den Lasten und Sorgen seiner Geschäfte erholen will, im Theater keinen Augenblick sicher, daß er nicht mit einem Streik oder mit der Parzellirung von den Brettern aus, die die Welt bedeuten, behelligt werde.

Man muß es dem Autor der am Sonnabend aufgeführten Lustspielnovität schon Dank wissen, daß er die obligate hässliche Streifzugene mit soviel bürgerlicher Pravheit umgeben hat, daß das Parquetpublikum an seinen auf der Bühne vorgeführten Spiegelbildern seine echte und rechte Freude haben und mit dem Bewußtsein sich zu Bette legen mußte, daß die schlichte, einfache Ausdeutung von etwa 1000 Arbeitern trotz Adelstitel und nobler Passionen doch das einzig Wahre und Kompakte in dieser so sehr nach dem äußeren Schein strebenden Welt ist. Abgesehen also von der auch gerade nicht mit dem Reiz der Neuheit versehenen Streifzugene, durch welche eines der modernen kapitalistischen Opferfeste recht unangenehm unterbrochen wurde, bot die Novität des Herrn Stowronnel gerade nicht viel, was seit des seligen Benedix Zeiten nicht schon in hundert Variationen auf deutschen Bühnen dagewesen. Der fernliche Spinnermeister Werkenhain, der als Strumpfwirker aus dem gelobten Lande Mecklenburg in eine mitteldeutsche Residenz eingewandert, es einzig durch seiner Hände Fleiß zum Besitz von 1000 Arbeitern bringt, seiner Tochter zu Liebe ein Rindvieh als Schwiegersohn und Sozias aufnimmt und selbst an seinen Kindeskindern die Sorge erleben muß, daß sie die Klären ihrer inzwischen sogar geadelten Eltern fortsetzen und den mühsam zusammengesparten Reichtum wieder unter die Leute bringen könnten, diese Gestalt mit ihren Appenziden ist ja die liebe, alte, wohlbekannte von Anno Rantinghose her, und bot trotz ihrer trefflich „missingschen“ Verleerperung durch Herrn Höder nicht gar viel des Ueberraschenden. Aber auch die Kommanditgesellschaft auf Aktien, die zwecks Wappenvergoldung und silberreicher Ausbeutung des Werkenhain'schen Reichthums unter der Direktion einer altadeligen Waimutter zuerst mit bester Aussicht auf Erfolg operirt, um dann an dem festen Bürgerinn des alten Chefs der Firma nach elendiglich Schiffbruch zu leiden, auch diese Gesellschaft, die nach altherwürdiger Sitte sich die beste nennt, ist auf der Bühne wirklich schon mindestens einmal gesehen worden. Der Autor kennt seinen Roderich und durch, wie die konsequente Durchführung des schon in der ersten Scene klar und deutlich dargelegten Gedankens schlagend lehrt. Alles erfüllt sich aufs herrlichste; die schlechten Menschen, die es wagten, an den

soliden Bau eines ehrbaren Geschäftshauses zu rütteln, werden, wie schon angedeutet, bei Seite geschoben, und der prächtige alte Großvater erlebt an seinen Enkeln die Freude, daß sie für alle Zukunft sich angelegen sein lassen werden, das Geschäftsinteresse nach jeder Richtung hin zu wahren. Und da die höhere Komit auch zu ihrem Rechte kommt, indem eine zu bürgerlichem Sinnen und Denken belehrte junge Komtesse vermittelst nicht enden wollender Wohlthätigkeit die Verschönerung der ausschlagenden Arbeitergemüther betreibt, so fällt der Vorhang vor einem nach jeder Richtung hin befriedigten Publikum. Ge spielt wurde meistens prächtig. Nur die Rolle des Schwiegersohnes wurde von Herrn Hoan gar zu sehr antipiert. Eine solche Darlegungssfigur nimmt ein Unabsehbarer Fabrikbesitzer trotz aller Kindesliebe doch nicht in sein Haus und seine Firma auf. Von den Damen seien Fräulein Detschy als neugeborene Waxoun, sowie Frau v. Blünig als Gräfin Laurenhof rühmend erwähnt; was sie konnten, thaten sie, um ihren schablonenhaften Rollen wirkliches Leben einzufloßen.

Deutsches Theater. Sonnabend, zum ersten Male: „Rain“. Ein Mysterium in 2 Akten von Byron. Drei Übertragen und für die Bühne eingerichtet von Adolph Arronge. — „Der König von Thule.“ Schauspiel in 1 Aufzuge von Hans Hopfen.

Direktor Arronge kann wohl zufrieden auf seine Thätigkeit als Direktor des Deutschen Theaters zurückschauen, sonst hätte er nicht am Sonnabend so merkwürdige Experimente gewagt, wie mit der Aufführung eines Mysteriums nach Byron und einer Schauspiel genannten Burleske, die der Verfasser sich vielleicht als Allegorie gedacht hatte.

Bei der Dramatisirung des Byron'schen Rain durch Arronge blieb das Publikum kühl, weil die philosophischen Gedanken nicht verstanden wurden, wohl fühlte es, daß es sich hier um etwas Erhabenes, über das gewöhnliche Begriffsvermögen hinausgehendes handelte, und um Verständnis zu heucheln, flüchtigen Paragat und Logen jagt. In unserer Zeit des Realismus und des Darwinismus ist es ein Wagniß, mystisch-romantisch verarbeiteten biblischen Stoff einem blasirten großstädtischen Publikum zu bieten. Uns fehlt die Naivität, zu glauben, daß der Sohn des ersten Menschen über die größten Probleme des Menschenseins philosophiren könne, wir haben das Gefühl, daß es unmöglich ist, daß in jenem Entwicklungsstadium der Menschheit die Frage der Geschwistererbe erörtert werden kann, wir fühlen mit einem Worte ununterbrochen den Anachronismus, uns fehlt die Naivität, von der Bühne den Byron'schen Rain zu hören, wir können ihn verstehen, wenn wir ihn lesen, nicht aber von der Bühne tragend. Und dies, obgleich sich der Regisseur die allergrößte Mühe gegeben hatten. Die Dekorationen waren

münderbar schön und die Maschinerie funktionirte ausgezeichnet, wenn es uns auch besser erschienen wäre, daß der Abgesandte Gottes und Satanas nicht vom gleichen Orte kommen und den gleichen Weg zurückgeben. Auch das Spiel war trotz der schweren den Schauspielern gestellten Aufgaben im Allgemeinen sehr gut, vor allem wurden die Frauenrollen, welche aber nicht die Hauptrollen waren, ausgezeichnet gespielt. Rain, der den Rain gab, hat in anderen Rollen schon weit mehr befriedigt, Sommerhoff, der die außerordentlich schwierige Aufgabe hatte, den Satanas darzustellen, konnte leider nicht genügen. Wir glauben nicht, daß das Stück noch öfter gegeben werden kann. Byron war trotz seines großen Dichtergenieß kein Dramatiker, seine Dramen sind Buchdramen geblieben, und so wird sein Rain trotz der Bearbeitung durch den Bühnenkundigen Arronge sich auf der Bühne nicht behaupten.

Aus dem tiefen Ernste der Byron'schen Dichtung verfehte man das Publikum in ein unmodernes Stück Hopfen's, eines seitgenössischen Autors, des Leiddichters Ludwig II. Wir wollen hoffen, daß der Theaterdirektor gewußt hat, was der Dichter wollte, Publikum und Rezensent bleibt es ein Räthsel. Wir wollen uns der optimistischen Anschauung anschließen, daß es sich um eine Allegorie handelt, müssen aber beschämt eingestehen, daß wir nicht bestimmt sagen können, was allegorisch wurde. Wir räumen die Möglichkeit der Allegorie ein, weil wir sonst nur bodenlosen Unsin in dem Stücke finden können. Es ist unfassbar, daß einem modernen Publikum zugemuthet werde, für möglich zu halten, daß ein greiser König eines an die germanische Weltwelt glaubenden Volkes in einer halben Stunde zum Christentum bekehrt werde, daß die treuen Befährten eines von Kraft strotzenden, sie von Sieg zu Sieg führenden Königs diesem urplötzlich den Tod und seinem ellen Sohne die Königskrone wünschen. Es sind so viel Unwahrscheinlichkeiten in dem Hopfen'schen Stücke, daß es sich vielleicht zu einem Operntexte eignet, wo man an das schlechteste gewöhnt ist, aber es ist unbegreiflich, daß man ein solches Schauspiel dem Publikum in Berlin zu bieten wagt.

Wir bedauern die Schauspieler, die Mühe und Fleiß diesem todgeborenen Kinde widmeten. Wir begreifen, daß die schauspielerischen Leistungen nicht befriedigen konnten, denn es ist ja begreiflich, daß das Urtheil des Publikums nicht streng scheiden konnte zwischen Fehlern des Dichters und der Schauspieler. Rain verfehlt seine Kraft an den Thronfolger, Herr Pittsch spielte den König von Thule befriedigend. Auch der Heffe des Königs (Riffen) und der jugendliche Intrigant (Poh) thaten das Mögliche, um das Stück zu retten. Es gelang ihnen aber nicht. Wohl gab es Beifall, doch das Fischen war dabei so stark, daß Herr Hopfen es sich hätte ersparen können, vor dem Publikum zu erscheinen.

als Gegenkandidat gegenübergestellt der Fabrikbesitzer Weigert, für welchen die Metalltrommel in gewaltiger Weise geführt worden war, und zwar als Kandidat der vereinigten gegnerischen Parteien, wie aus folgendem Wahlaufsatz hervorgeht:

Achtung! Ein Kandidat soll den anderen ablösen, die goldene Amtskette tragen und unseren Stadtteil vertreten. Herr Vuditer Gnadt und Herr Vuditer Kleinert aus der Müllerstraße soll kommen. So befehlen es die Herren Sozialdemokraten! Wähler! Laßt Euch das nicht gefallen. Wählt Montag Mann für Mann Otto Weigert. Das konservative Wahlkomitee unseres Bezirks legt jedem konservativen Wähler die Pflicht auf, seine Stimme Herrn Weigert zu geben. Das Wahlkomitee.

Für diesen Wählerwahl-Kandidaten war, wie gesagt, ein großartiger Wahlaufsatz in Bewegung gesetzt worden. Großtrocknen erster Güte à 15 Mark pro Tag waren in Dienst gestellt und jagten die Komiteemitglieder in ihnen den Wahlbezirk ab; vor allen vier Wahllokale, unter denen nur eine städtische Turnhalle in der Putzstraße sich befand, patrouillierten Plakatträger mit großen gelben Plakaten auf Brust und Rücken à la Wohnungszeitung, des Inhalts: „Wählt Otto Weigert!“ auf und ab; schon von früh an war der Schlepperdienst in Funktion, wurden Aufforderungen zur Wahl verbreitet etc. etc. Demgegenüber arbeitete mit gewohnter Präzision in aller Stille die Wahlmaschinerie unserer Partei, welcher Hülfskräfte in überaus reichlicher Zahl zur Verfügung standen, die aus Prinzip ihre Schuldigkeit thaten, während die Gegner mit bejahrten uninteressierten Kräften arbeiteten. Die Wahlbeteiligung in diesem Bezirke war eine ungewöhnlich lebhaft. Trotz der scheinbaren Anstrengungen der Gegner, trotz der Gefahr, die aus der Neulichkeit der Namen der beiden Kandidaten, Kleinert und Weigert, für uns erwuchs, trotz der Schwierigkeiten, die bereitete wurden, wenn Wähler ankam Kleiner — Kleinert wählten, wie gesagt, trotzdem blieb unser Kandidat bereits in den frühen Vormittagsstunden, wo Arbeiter doch kaum Zeit zum Wählen haben, bereits in der Vorprünge und konnte sich rühmen, sogar einen Rentier und zwei Eisenbahn-Beamte zu seinen Wählern zu zählen. Ein Zeichen der Zeit!

Am 41. Wahlbezirk stand unserem Kandidaten Vogtler der freisinnige Kaufmann Mint gegenüber. Die Konservativen hatten von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand genommen, indem ihnen jedenfalls auch der freisinnige Kandidat genügte. Galt es doch auch hier, gegen den gemeinsamen Feind, den Sozialdemokraten, anzukämpfen! Wenn auch hier die Parteien sich hart bekämpften, so trat doch der Wahlkampf äußerlich weniger in die Erscheinung. Das allgemeine Interesse an der Wahl bekundete sich auch hier an der regen Wahlbeteiligung. Wenn auch in den Vormittagsstunden die bürgerlichen Parteien ihre Mannen antreten ließen, so hielten doch unsere Genossen mit diesem munter Schritt, so daß sich die ersten keiner großen Erfolge rühmen konnten. Das Gleichgewicht wurde in den Mittagsstunden wieder hergestellt und die Hauptkämpfe in den Abendstunden geschlagen. Das Hauptquartier hatten unsere Genossen bei Engel, Antonstraße, aufgeschlagen, während für den 37. Bezirk dasselbe sich bei Gnadt, Swinemünderstraße 120, befand.

Für den 36. Bezirk war das Hauptquartier bei Rühlmen, Schönhauser Allee 28, aufgeschlagen und wurde von hier aus der Wahlkampf in dem ausgedehnten Bezirke geleitet. Hier standen unserem Kandidaten Giescholt zwei Kandidaten gegenüber und zwar Redakteur Goldschmidt (Freisinn), der sich in dessen keiner allgemeinen Beliebtheit bei seinen Genossen erfreute, und Professor Velleermann (Bürgerpartei). Auch hier war von einer marxistischen Wahl-agitation Abstand genommen worden; desto eifriger wurde aber im Stillen gearbeitet. Da dieser Wahlbezirk neu erobert werden sollte, so erweckte der Kampf hier selbst ganz besonderes Interesse. Und eine Freude war es, zu sehen, wie unsere Truppen sich schlugen. Zwischen 11 und 12 Uhr Vormittags, also in einer für Arbeiter durchaus ungünstigen Zeit, waren die Gegner nur um einige dreißig Stimmen voraus, so daß mit froher Zuversicht den Mittag- und Abendstunden entgegengesehen werden konnte, in welchen das Hauptkontingent der sozialdemokratischen Wähler erst erscheint. Und diesem Umstande wurde erfreulicher Weise allenhalben Rechnung getragen. Jeder, der es nur ermöglichen konnte — und Opfer an Zeit und Verdienst wurden nicht gescheut — übte sein Wahlrecht bereits in den Tagesstunden aus, um für die Abendwähler Platz zu schaffen. Bestreblicher Weise herrschte wieder über den Schluß des Wahlaktes bei einzelnen Wahlvorstehern Meinungsverschiedenheiten. Das Fazit des Wahlkampfes ist, daß die Genossen des 6. Wahlkreises bewiesen haben, daß sie die Bedeutung der Kommunalwahlen voll und ganz erfasst haben.

Tokales.

Ein freisinniges Denunziantenstücklein wurde am Montag bei der Stadtverordneten-Wahl im sechsten Bezirke verübt. Gleich zu Anfang der Wahl hatte ein freisinniger Stadtverordneter herausgefunden, daß auf einem von der „Bürgerpartei“ abgegebenen Wahlzettel, auf dem eine Empfehlung des Herrn Dr. Baillen stand, der Bruder nicht angegeben war. Auf eine Anzeige des braven Freisinnigen wurden die betreffenden Zettel dem Verleiher von einem Schutzmännchen abgenommen!

Dem Preisgesetz hätte der unermüdete Freisinnige (Plätsche heißt er und wohnt in der Schwertstraße) somit den erforderlichen Tribut seines peinlichen Rechtsgefühls dargebracht — wahrscheinlich wird er bei seiner Denunziation auch echt freisinnigen Intentionen gefolgt sein.

Das Sprichlein, das sich unsere Parteigenossen beim Lesen dieser Zeilen aus den Lippen drängt, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu nennen; vieltausendfach wird es dem Denunzianten morgen in die Ohren klingen.

Nothstand und Fleischverbrauch. Der Berliner Magistrat veröffentlicht den durch Direktor Hausburg erstatteten Bericht über die Verwaltung des städtischen Vieh- und Schlachtsofens für 1892/93. Der Bericht beginnt: „Nach dem Ergebnis des Berichtsjahres 1892/93 ist, gleich demjenigen seiner beiden Vorgänger, im Verhältnis zu den früheren Jahren ein günstiges nicht zu nennen. . . . Anlust war die dauernde, selten unterbrochene Tendenz des Marktes. Alle Momente, deren im vorjährigen Berichte als Hindernisse einer Entwidlung des Viehhandels eingehend gedacht worden ist, lehrten im verstärkten Maße wieder. Als solche Hindernisse werden dann unter anderen genannt: „schwankendes Kaufbedürfnis, welches häufig große Marktlücken zur Folge hatte, sinkende Kaufkraft des gewerblichen Mittel- und des Arbeiterstandes.“ Mit diesem Ergebnis scheint die bereits vor einiger Zeit von einem bürgerlichen Blatte zur Verabgung seiner Leser mitgetheilte Thatsache im Widerspruch zu stehen, daß der schätzungsweise berechnete Fleischverbrauch der Berliner Bevölkerung von pro Kopf 70 1/2 Kilogramm in 1891/92 auf 72 Kilogramm für 1892/93 gestiegen ist. Aber dieser Steigerung der Menge, welche übrigens immer noch hinter der von 1890/91 (78 1/2 Kilogramm) zurückbleibt, stand eine weitere Minderung der Güte des Fleisches, wenigstens des Rindfleisches gegenüber. Der Bericht sagt: „Auch im Berichtsjahre zeigte der Rindermarkt, wie früher, eine überaus große Anzahl Lohre, welche wegen ihres dürftigen Futterzustandes nicht auf einen Schlachtdarm zu gehören scheinen. Dies erklärt sich . . . theilweise auch durch das geringe Verständnis vieler Berliner Hausfrauen von der Fleischqualität und von dem wirtschaftlich schlechten Geschäft, welches sie bei der Verwendung geringwertigen Fleisches machen, da dasselbe wegen seines höheren Wassergehaltes auch geringeren

Nährwerth hat. Einen Einfluß auf die Steigerung des Konsums desselben hat ohne Zweifel auch die gewerblich schlechte Zeit, welche den wenig Bemittelten zwingt, auf wohlfeilen Preis des Fleisches zu sehen.“ Ebenso sagt Dr. Hartwig, der Direktor der städtischen Fleischschau, in dem über diese erstatteten besonderen Bericht: „Die geringe Zunahme der Schlachtungen von Rindern und Kälbern ist für den Konsum nicht allzu hoch anzuschlagen, weil im Allgemeinen die Qualität der hier auf den Markt gebrachten Rinder in den letzten Jahren stets geringer geworden ist und es dadurch zweifelhaft erscheint, ob durch die größere Zahl der geschlachteten Rinder in der That eine größere nennenswerte Menge Fleisch gewonnen worden ist, als sie in früheren Jahren von einer geringeren Anzahl, aber besser genährten Thieren erhalten würde.“ Der Bericht auf das theurere Fleisch zeigt sich noch in manchen anderen Erscheinungen. Der Hausburg'sche Bericht hebt die bedeutenden Eingänge an Salzfleisch von außerhalb hervor und sagt, diese seien für die Ernährung des arbeitenden Berlins nicht unwichtig und auf die Preisbildung geringer Fleischqualitäten am hiesigen Fleischmarkt nicht einflußlos.“ Der Verbrauch von 7117 Stück Pferde = 1601225 Kilogramm Pferdefleisch zur menschlichen Nahrung dürfte ebenfalls auf dem billigeren Preise zu erklären sein. Weiter ist auch der Begehr nach dem getrockneten und als Nahrungsmittel für 85 bis 40 Pfennig pro Pfund verkauften Fleisch kranker Thiere dem Bericht zufolge wieder „sehr stark“ gewesen. An dieser Stelle des Berichtes tritt ein auffälliges Bestreben, den unangenehmen Eindruck des Verkaufes dieses Fleisches möglichst abzumildern, deutlich hervor. Dasselbe Bestreben macht sich auch in dem Hartwig'schen Bericht bemerkbar. Es heißt da: „In einer Zeit und unter Verhältnissen, wo das Fleisch einen so hohen Werth wie jetzt hat, ist es in national-ökonomischer Hinsicht von besonderer Wichtigkeit, von demselben so viel als möglich für Nahrungszwecke zu erhalten.“ Die Summe des durch Kochen für den Konsum gewonnenen Fleisches wird auf 175 599 Kilogramm berechnet, wovon nach Abzug des zur Schmalzbereitung dienenden Fettes der Schweine rund 95 000 Kilogramm auf das eigentliche Fleisch kommen. Es wird eine noch bessere Ausnutzung des Fleisches beschlagnahmer Thiere angestrebt, und man hofft, daß die noch ausstehende Entscheidung der Behörden bejahend ausfallen werde. — natürlich wieder nur „in national-ökonomischer Hinsicht.“ Diese Heraushebung des national-ökonomischen Gesichtspunktes durch den Berliner Magistrat wirkt etwas bezeichnend. Man ist beglücklicht von ihm nicht gewöhnt. Ist es nicht in „national-ökonomischer Hinsicht“ noch viel wichtiger, von der Gesundheit und der Arbeitskraft der Bevölkerung, und zwar der gesamt en Bevölkerung, so viel als möglich zum Nutzen der Gesellschaft zu erhalten? Hat das nicht einen höheren Werth als 175 000 Kilogramm Fleisch? Warum will die städtische Verwaltung nichts von den Anregungen und Anträgen der sozialdemokratischen Stadtverordneten wissen, die darauf abzielen, die Lage der Arbeiterbevölkerung zu bessern? Warum nicht? Weil das der bürgerlichen Klasse nicht einbringt, und weil es den Stadtkäse nicht fällen hilft, wenn Gesundheit und Arbeitskraft der Arbeiter und ihrer die städtischen Schulen besuchenden Kinder gefördert werden. Der Profit, der direkt in Hunderttausenden und Millionen anzugehende Gewinn, ist der einzige Gesichtspunkt, von dem aus die Maßnahmen der städtischen Verwaltung richtig beurtheilt werden können. Wenn der gering ist, dann giebt man auch zu, daß die wirtschaftliche Lage ungünstig ist, daß die Kaufkraft der Bevölkerung, vor allem der in Berlin wegen ihrer großen Zahl mit den Ausschlag gebenden Arbeiterbevölkerung gesunken ist. Wird dann gefordert, daß für die unter der wirtschaftlichen Ungunst besonders leidende Arbeiterbevölkerung etwas geschehe, dann wird die Nothlage mit einem Male wieder abgestritten. Aber im Grunde genommen ist das nicht infonsequent, sondern gerade durchaus konsequent. Eine Verwaltung, die den Profit als ihre Richtschnur ansieht und darin bei der Bourgeoisie-Mehrheit der Stadtverordneten Unterstützung findet, darf wohl von einem Nothstand sprechen, wenn er ihr die Einnahmen vermindert, aber sie darf ihn nicht als groß genug anerkennen, wenn er ihr die Ausgaben zu vermehren droht. Und das kann sogar in ganz gutem Glauben geschehen, der dann freilich mit einer großartigen Verblendung gepaart sein mußte.

Vom Ahtwardt. Das preussische Staatsministerium hat, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, in seiner letzten Sitzung das Disziplinär-Erkenntnis des Ständeburgischen Provinzial-Schulkollegiums, durch das der Rektor Ahtwardt seines Amtes entsetzt wird, lediglich bestätigt. Ahtwardt war seit dem Jahre 1889 suspendirt, und während dieser vier Jahre hat die Stadt Berlin ihn den halben Gehalt zahlen müssen.

Der vor einigen Tagen wegen Aufreizung zum Klassenhate in Unterjuchungshaft genommene Redakteur des „Sozialist“, Arthur Ellend, ist auf Beschwerde seines Anwaltes, Rechtsanwält Wieber, heute aus der Unterjuchungshaft entlassen worden. Die Staatsanwaltschaft ist der Ansicht beigetreten, daß Blutverderb nicht vorliegt.

In jeder Markthalle ist seit einiger Zeit zur Hilfeleistung bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen eine Sanitätsstube eingerichtet und in jeder Halle befinden sich unter den Beamten ausgebildete Samariter. Wie notwendig diese Einrichtung ist, geht daraus hervor, daß im letzten Jahre die Hilfe der Markthallen-Samariter in 256 Fällen in Anspruch genommen ist.

Auf der Berlin-Damburger Eisenbahn wurde am Freitag Mittag bei Wude Nr. 61 in der Nähe von Paulinenaue durch den von Hamburg kommenden Schnellzug der Bahnwärter Dreiwick überfahren und sofort getödtet. Dreiwick, an dessen Wude kurz vorher ein Güterzug vorbeigefahren, beobachtete denselben, kam aber dabei dem zweiten zu nahe und wurde vom Schnellzug erfasst und bis zur Unkenntlichkeit zermalmt. Der Schnellzug hielt infolge des Unglücks ausnahmsweise in Paulinenaue.

Schlafstellen-Annehmlichkeiten. Durch heftiges Säufen und Trommeln im linken Ohr erkrankte in der vorwöchigen Nacht die Arbeiterin Ida Grunwald in ihrer Schlafstube, Raumpstraße 22. Fast außer sich vor Schmerz, eilte sie nach der Sanitätsstube in der Malberstraße, um ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Als der Heilgehilfe Heise durch einen Spiegel das Innere des Ohres beleuchtete, bemerkte er ein Thier darin. Mit einer Pinzette holte er bald darauf eine lebende Schwabe hervor, die dem schlafenden Mädchen in das Ohr getrocknet war.

Unsere Hausagrarier. Eigenartige Vermuthungen müssen beim hiesigen Magistrat in bezug auf manche Hausbesitzer entstanden sein. Die Hauseigentümer sind ersucht worden, der Stadtbehörde eine Inventionenstellung ihrer Miether mit der besonderen Angabe binnen drei Tagen einzufanden, ob bzw. inwieweit die Miether zur Haus- und Gebäudesteuer seitens der Vermiether herangezogen werden. Danach scheinen Hauswirthe solche Angaben beim Vermiether zu erheben, ohne sie als Ertrag des Grundstücks anzugeben. In diesem Punkte erblickt aber der Magistrat eine Steuerhinterziehung und will deswegen auch wissen, seit wie langer Zeit solche Sonderabgaben von den Miethen vereinnahmt worden sind. Das Ergebnis dieser behördlichen Feststellungen dürfte interessant sein. Ob der Magistrat diesen Sturmlauf gegen die besten Stützen der Stadt vollenden wird?

Bei uns verhungert niemand! Ein Bild großstädtischen Elends, so schreibt ein Berichterstatter, bot sich heut Morgen am Bahnhof Wörte. Dort saß in einer Fensternische am Zwischengraben zusammengesauert ein ältlicher Mann, der zu schlafen

schien. Eine Rundharmonika, die an seiner Seite lag, schien ihm entfallen zu sein. Als Vorübergehende ihn aufzittern wollten, stellte sich heraus, daß man es mit einem Todten zu thun hatte. Bei ihm fand man nur wenige Pfennige, die er sich wahrscheinlich durch Musikmachen auf Höfen erworben hatte. Nach vorgefundenen Papieren dürfte es sich um einen Prebogenspieler handeln, der das Geld zum Miethen eines Peterlakens nicht mehr zusammenbringen konnte, zu dem vorgefundenen Instrument gegriffen, mangelt einer Schlafstelle auf der Straße Nachtquartier gesucht hat und dabei in der kalten Nacht vom Tode ereilt wurde.

Nothstand und dergleichen giebt es nach philiströser Schönfärberei belanftlich nicht und auch der Wandharmonikaspieler wird wahrscheinlich aus Uebermuth verhungert sein. Er hätte ja auch arbeiten können. O, diese satte zahlungsfähige Moral!

Der Gelbgleiter Karl Lehmann wurde am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung der Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises und seiner Kollegen zur letzten Ruhe gebettet. Am 9 Uhr setzte sich der imposante Leichenzug vom Trauerhause, Oppelstraße 15, aus nach dem Emmaus-Kirchhofe in Britz in Bewegung. Die Parteigenossen des 4. Wahlkreises resp. die Vertrauenspersonen, die örtliche Verwaltung, Berlin H der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblichen Arbeiter, sowie seine Kollegen und Familienangehörigen hatten dem nach langen, schweren Leiden an einer Hirnhaut-Entzündung im jugendlichen Alter von 27 Jahren verstorbenen Genossen prächtige Kränze mit roten Schleifen, entsprechende Widmungen enthaltend, gespendet. Der Verstorbene hinterläßt Frau und Kinder. Das Andenken an den treuen, braven Kämpfer für die Sache des Proletariats werden seine Genossen stets in Ehren halten.

Zwei Arbeiter verschüttet! Das war die Schreckens- Kunde, die sich am Sonnabend gegen 4 Uhr Nachmittags in Schöneberg verbreitete. In der Tempelhoferstraße, in dem Theil, welcher zwischen dem Bahnhöfen der Ring- und der Potsdamer Bahn gelegen ist, stehen erst einzelne Wohnhäuser, für die jetzt die Kanalisation angelegt wird. Zu diesem Zweck war dicht an der Häuserreihe ein 4 Meter tiefer Graben aufgeworfen und der lose, schluffrige Sand in der sehr engen Straße auf einer Seite zu einem hohen Walle aufgeschüttelt. In dem Graben war durch zwei Arbeiter an einer Stelle noch ein tieferes Loch gegraben worden, um eine Abwässerung anzulegen, hier arbeiteten der Kohlerger Plüschke und ein Genosse, dessen Name nicht ermittelt werden konnte. Wöhlisch stürzte die aufgeworfene Erde sammt den zur Absteifung angebrachten Bohlen auf eine Länge von 5 Metern ein und begrub Plüschke, der sich gerade in gebückter Stellung befand, vollständig unter sich, während der Genosse nur leichte Verletzungen an den Händen durch herabstürzende Steine und Bohlen davontrug. Auf das Hilferufen der Arbeiter eilten in der Nähe beschäftigte Straßen-seger herbei, die mit Hilfe der Kanalarbeiter sich sofort an die Befreiung der Verschütteten machten. Inzwischen war auch die Ortopolizei benachrichtigt, die sofort an die Feuerwache an der Zwölfapostelkirche telephonirte und von dort Hilfe erbat. Bald kam der 12. Zug der Feuerwehr zur Stelle und mit seiner Hilfe hatte man nach drei Stunden zu thun, ehe man zu dem Unglücklichen gelangte, der vollständig zerquetscht war und bei dem alle Wiederbelebungsversuche durch die Samariter sowie einen sofort herbeigerufenen Arzt erfolglos blieben. Wie leicht der Sandboden an jener Stelle der Straße ist, sah man, als der Wasserwagen der Feuerwehr zurückfahren wollte und zu diesem Zweck umbiegen mußte; er sank bei dieser Gelegenheit bis an die Achsen in den leichten Boden. — Der Verunglückte soll etwa 80 Jahre alt und Familienvater sein.

Bei einem Dienstmädchen eingebrochen sind Diebe in einer der letzten Nächte an der Ecke der Szory- und Schleichenstraße. Sie haben dabei aus der im Entresol belegenen Schlafkammer der unverheirateten Bertha Liebe 85 M. bares Geld und die sämtlichen Kleidungsstücke entwendet. Ein vorgewandenes Sparkassenbuch haben sie zurückgelassen, weil sie dadurch entdeckt werden zu können fürchteten.

Der große Brand in der Zentral-Markthalle hat die Kadener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft zur Zahlung einer Gesamt-Entschädigungssumme von 190 696 M. veranlaßt. Für verbrannte Waaren waren 182 079 M. zu zahlen. Diese Summe wurde an die Interessenten in mehr als 460 verschiedenen Posten ausgezahlt. Den höchsten Betrag erhielt ein holländischer Verkaufsvormittler für sich und seine Kommitenten mit 37 500 M. Die Versicherungs-Gesellschaft hat seit dem Brande ihre Bedingungen für Versicherungen in den Markthallen wesentlich erhöht.

Ermittelt! Aus der besten der Welten wird der „Volk-Zeitung“ berichtet: Großer Jammer herrschte heute früh in einem starkbevölkerten Hause der Swinemünderstraße. Das Haus hat bei dem letzten Quartalschluß durch das Ableben des alten Hauswirths, der gegen die säumigen Miethgeber große Miethen waltete, einen Beschwefel erfahren. Die neuen Wirthe und Erben des gutmüthigen Testators, weilläufige Verwandte des Verstorbenen, waren anderer Sinnesart. Sie gingen gegen alle Miethärten mit großer Strenge vor, ließen durch einen Gerichtsvollzieher die gesammten Mobilien der armen Leute für die Miethschulden retinieren und strengten durch einen Rechtsanwält unmaßlich Klammungsaktionen an. Nachdem die getreuen Herren gegen ein Miethsparteien obliegende gerichtliche Erkenntnisse erstritten hatten, fand heute früh die Massen-Exzession statt. Erbarmungslos wurden jene elf Miethsparten, Männer, Weiber und Kinder, aus ihren Wohnungen vertrieben, und das es bei dieser Prozedur zu herzerregenden Szenen kam, läßt sich denken. Ein Theil der Obdach- und Beschloßen hat bei mitteligen Arbeiterfamilien in der Nachbarschaft ein vorläufiges Unterkommen gefunden, der andere Theil zog auf die kalte Straße hinaus (ein Bild grenzenlosen Elends und Jammers), um vielleicht mit ihren Kindern Aufnahme im holländischen Obdach an der Frenzlauer Allee zu erbitten. Um sich die wenigen Habseligkeiten der ermittelten Familien zu sichern, haben die Hausbesitzer durch einen Schlosser vor den Wohnungsthüren Karls Vorlege-Jalöser anbringen lassen!

Die wackeren Erben thaten bekanntlich, was Rechts ist, die grauehaften Szenen, die sich bei der Exzession abspielten, werden ihre staatsverhaltenden Herzen gewiß nicht irritirt haben und in der angenehmen Erwartung, daß bei der Geschichte nach Abzug der Gerichts- und Rechtsanwaltskosten doch noch ein Stümchen herauskommen wird, mag den Herren, unbeschadet ihres guten Gewissens, das Sonntagsnachmittags-schlafchen diesmal ganz besonders gut bekommen sein. Daß also arme Familien durch Leute, die es höchstwahrscheinlich nicht nötig haben, um die letzten paar Habseligkeiten gebracht worden sind, und daß die nothwendig in aller Form Rechts erfolgte Exzession sogar eine Scene auf offener Straße hervorgerufen hat, ist zwar widerlich, aber, du lieber Himmel, warum sind die Gepfändeten solche Lumpen? Ihnen geschah ja nur ihr Recht, und Gerechtigkeit soll bestehen, wenn auch die Welt darob zu Grunde ginge. Und die heutige Welt des Kapitalismus wird an ihrer „Gerechtigkeit“ zu Grunde gehen.

Zu der Liebestragödie, die sich am 3. v. M. im Dranienburger Hof, Zwölfsstraße 118, abspielte, und bei den die unverschämte Luise Proch durch den Pantinenmacher Friedrich Dutger mit ihrem Einverständnis erschossen wurde, wird berichtet, daß Quigow infolge des Schusses, den er sich selbst in den Kopf beibrachte, nahezu erblindet ist. Die Schreie des rechten Auges ist völlig erloschen, und auf dem linken Auge sieht er nur einen schwachen Schein. Nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus, wo noch Versuche angestellt werden, das linke

Sattler Rixdorfs!

Am Mittwoch, den 15. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Nieschlag in Rixdorf, Bernauerstr. Nr. 129:

Öffentliche Sattler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Unsere Lage. Referent Kollege Sassenbach. 2. Diskussion. 3. Er-richtung einer Verwaltungsstelle des Verbandes der Sattler und Tapezierer. 4. Verschiedenes. — Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und in Kollegienkreisen auf den Besuch der Versammlung hinzuwirken.
 Der Einberufer.

Achtung, Töpfer!

Die zu heute Abend im Königstädtischen Kasino anberaumte Versammlung kann polizeilicher Einwendungen wegen daselbst nicht stattfinden, dieselbe findet nun vielmehr in **Nieff's Salon, Weberstr. 17, Abends präz. 6 Uhr, statt.** [925/17] Der Vorstand. S. A.: R. Topf, Gipsstr. 3.

Heute, Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Gratweil, Kommandantenstr. 77:
Grosse Versammlung mit freier Debatte.

„Der gefährlichste Feind der Gewerkschaftssache“
 1586 Der Vorstand des Deutschen Bundes für Bodenbesitz-Reform.

Donnerstag, den 16. November 1893, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Prigmüller, Alte Jakobstraße 48a:

Ordentliche General-Versammlung der Delegierten der Orts-Krankenkasse der Maler.

Tagesordnung:
 1. Ersatzwahl des Vorstandes. 2. Wahl eines Bureaubeamten. 3. Antrag der Krankenkassensucher. 4. Ergänzungswahl der Krankenkassensucher. 5. Verschiedenes. 144b
 Der Vorstand: H. Wenker, Vorsitzender, Memelerstr. 61.
 Hierdurch zur Kenntnisnahme, daß der zweite Nachtrag des Statuts vom 31. August 1893 durch den Bezirksausschuß genehmigt worden ist.

Allgemeiner Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenverein Berlins und Umgeg.

Mittwoch, den 15. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Seefeldt, Grenadierstraße Nr. 33:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: Das moderne Raubritterthum. 2. Diskussion. 3. Vereinsfachen. 4. Verschiedenes.
 Wir eruchen unsere Mitglieder dringend, mehr wie bisher in unseren Mitgliederversammlungen zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. Auch werden in unseren Versammlungen neue Mitglieder aufgenommen.
 161/1 Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 25. November, in den Germania-Prachtsälen, Chausseest. 103, Ecke der Invalidenstr. große Feier unseres

4. Stiftungsfestes

unter Mitwirkung der Theatergesellschaft „Vorwärts“, dieselbe erzielte überall, zulezt auf dem Kommerz zu Ehren des Genossen Engels in Berlin großen Beifall. — **Festrede**, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Lohndroch. — Nach dem Theater großes **Canzbräuhen**. — Die Musik wird von der Freien Vereinigung der Zivil-Musikanten ausgeführt. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
 Billets à 80 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Stellen, beim Komitee, sowie in oben angegebener Versammlung zu haben.
 Das Vergütungskomitee wird ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Um gütige Unterstützung durch die Genossen und Genossinnen bittet
 Das Komitee. S. A.: Wilh. Arndt, Kolbergerstr. 28-29.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Am Mittwoch, den 15. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Ehrenberg, Innenstraße Nr. 16:

Branchen-Versammlung der Mechaniker und Berufsgenossen.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Borchardt über das Thema: „Wer ist Sozialist“? 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Um zahlreiches und speziell pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.
 Berlin SW., Seuthstr. 2.

Ferd. Lassalle's Reden und Schriften.

Band III. (Schlußband)
 unserer neuen Gesamt-Ausgabe.

Herausgegeben von **Eduard Bernstein, London.**
 Mit einer kritisch-biographischen Einleitung: „Lassalle und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie“, sowie mit Vorwörterungen und kritischen Nebenarten versehen. Der erste Band enthält das Stahlbild-Portrait Lassalle's.
 Das ganze Werk liegt nunmehr komplett vor und ist zu beziehen:
 Band I.: gebunden Mk. 2,50; in Leinen gebunden Mk. 3,—
 — in Halbfranz gebunden (Lebhabereinband) „ 4,—
 Band II.: geb. Mk. 4,—; in Leinen gebunden „ 4,50
 — in Halbfranz gebunden (Lebhabereinband) „ 5,50
 Band III.: geb. Mk. 3,50; in Leinen gebunden „ 4,—
 — in Halbfranz gebunden (Lebhabereinband) „ 5,—
 oder auch in 50 Lieferungen à 20 Pfennige.
 Jede Buchhandlung, sowie Kolporteur und Zeitungs-Expeditoren nehmen Bestellungen entgegen.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Orts-Krankenkasse des Zimmerer-Gewerbes.

Donnerstag, den 23. November, Abends 8 Uhr:

Generalversammlung (Vertreter der Arbeitnehmer)

im Lokale von Seefeldt, Grenadierstr. 33.
Tagesordnung:
 1. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern. 2. Wahl des Prüfungsausschusses. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 26. November, Vormittags 10 Uhr,
 im Lokale von Seefeldt, Grenadierstr. 33,
Bersammlung der Arbeitgeber,
 welche Beiträge aus eigenen Mitteln leisten.

Tagesordnung: Wahl von 38 Vertretern zur General-Versammlung pro 1894.
 In demselben Lokale und zu derselben Zeit (findet eine

Versammlung der Klassen-Mitglieder (Arbeitnehmer)

mit folgender Tagesordnung statt:
 1. Wahl von 78 Vertretern zur General-Versammlung pro 1894. 2. Bescheid des Herrn Ober-Präsidenten auf den Beschluß der General-Versammlung vom 18. Juli 1893.
 Quittungsbuch legitimiert und ist daselbe am Eingange den Kontrollreuren vorzulegen. 146b
 Der Vorstand. Plötz, Höchststr. 51.

Orts-Krankenkasse d. Mechaniker, Optiker u. verwand. Gewerbe.

Mittwoch (Bußtag), d. 22. Novbr., Vormittags 9-11 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Wahl-Versammlung

sämmtlicher großjährigen Klassenmitglieder
 behufs Ersatzwahl von 113 Vertretern zur Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Daselbst von 11-12 Uhr Vormittags Wahlversammlung d. Arbeitgeber zur Ersatzwahl von 6 Vertretern zur Generalversammlung.
 Berlin, den 18. November 1893.
 160b Der Vorstand.

Als anerkannt reelle und that-sächlich billigste Einkaufsquelle des Süd-Ostens für

Gold-, Silber-, Alléniwaren (Eig. Fabr.)

goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich

H. Gottschalk,
 Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Str. 37

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Handlung
 Brunnenstr. 185.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen,
 größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlte ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Jamaica-Rum,

echt u. saft. Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.
 441M
Eugen Neumann & Co.,
 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Färberei und chemische Waschanstalt

R. Knapp, Moritzstraße 10,
 färbt zu den billigsten Preisen in allen Farben Damenkleider, Mäntel, Herren-Überzieher, Röcke, ganz od. getrennt, Bettdecken à Stück 1,25 M. Sämmtl. Herren- und Damengarderobe, sowie Möbelstoffe jeder Art werden chemisch gereinigt. Herren-Anzüge reinigen und bügeln 2,50 M. 4974e

Junker & Ruh-Öfen

die beliebtesten Dauerbrenner mit Mica-Fenstern und Wärme-Circulation, welche alle übrigen Öfen durch die exakteste Ausführung und die feinste Regulirbarkeit übertreffen, in den verschiedensten Größen u. Formen, auch als Mantelöfen, bei

Junker & Ruh, Eisengiesserei in Karlsruhe, Baden.

Grosse Kohlenersparnis. Staubfreies Ent-fernen von Asche u. Schlacken. Sichtbares u. mühelos zu überwachendes Feuer. Fuß-bodenwärme. Vortreffliche Ventilation. Kein Erglänzen äußerer Theile möglich. Starke Wasserverdunstung, daher gesunde und gesunde Zimmerluft. Grösste Reinlichkeit.
 Ueber 50,000 Stück im Gebrauch
 Preislisten und Zeugnisse gratis und franco.
Fabrik-Niederlage: E. Vogtherr in Berlin NW., Stephanstr. 27a.

Volständiger Ausverkauf!

Leipzigerstr. 91, 1 Treppe, nur bis 15. Dezember. Jaquets reich garnirt 7,00 M., Jaquets in großartigster Ausführung 12,50 M. Seiden-plüsch-Jaquets bisher 60,00 M., jetzt 28,00 M., lange Winter-capes sonst 30,00 M., jetzt 10,00 M., Capes in herrlicher Ausführung früher 30,00 M., jetzt 12,50 M. Winterwieses mit Pelz und Federbesatz sonst 25,00 M., jetzt 7,00 M., Hunderte Straßen- und Abendröcher in allen Farben bisheriger Preis 80 M., jetzt 20-36 M., 200 Regenmäntel 4,50 nur Leipzigerstr. 91, 1 Treppe. 5090e

Homöopath. Arzt Dr. Hösch, Einienstr. 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr.

Diebe-te und billige Damenmäntel-

fabrik Berlinstr. 76, 1 Treppe, in Charlottenburg, verkauft Estimo-Jaquets 5-7 1/2 M., Plüsch-Jaquets 15 M., Regenmäntel 3 1/2 bis 7 1/2 M., Capes 7 1/2 M., Plüsch-Jaquets und Damast-Capes von 30 M. an. 5044L

Detailverkauf sämmtl. Sorten Roh-Tabak

Rud. Völcker & Sohn,
 Köpnickstr. 45. [111b]

Sophastoff-Reste.

Teppiche m. Farbenfehlern. Gardinen von 30 Pf. per Meter an. Käuferlosse, Fischdecken, Pierdedecken von 2.- M. an offerirt
G. Littmann, 5096L
 Landsbergerstr. 97, part. rechts.

Kanarien-Edelroller, viel hoch präparirt, versend. nach

auswärts g. Nachn. f. M. 6 bis 15 p. St. u. Garantie f. Berth u. leb. Ankauf laut Preisliste. 427M
Ernst Kühnel, Copitz (Elbe).
 Muschel-Kleiderspind sofort spottbillig
 Tischlerei Oranienstr. 153, III. 151b

Endeunterzeichnet empfiehlt sich zur Lieferung aller vorkommender

Darmseiten und zwar für Violinen, Violin-Cello, Contrabaß, Zithern, Harfen u. f. w. und sichert unter Garantie gute reelle Waare zu. Mit Musterführung siehe gern zu Diensten.
Oscar Schuster (Schöneck),
 Saitenmacher. 5107e

G. Brochnow's Festsäle

39. Sebastianstraße 39.
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Sonnabend großer Ball. Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten u. Versammlungen. 4675e

Schiffsbillets

für Reisende von allen Hafenplätzen im Reisebureau von 4690e
Theodor Reiner & Co.,
 Platz vor dem Neuen Thor 3 (Laden),
 Ecke Invalidenstr. 4690e

Aug. Krause,

Wienerstr. 13. 5108e
 Blumengeschäft und Kranzbinderei, Vereinstänze mit Widmung billigst.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L
 am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
 Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
 Oranienburgerstr. 2.

Rechtsbureau

des königlichen Amtsrichters Dr. Altes Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 4922e

5 1/2 Pfund Albrecht's Bäckerei,

liefert Wrangel-Strasse 8 Langestr. 26, Falkensteinstr. 28
 Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 3528 L

Robert Meyer,

Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Grünauerstr. 25 sind recht freundl. kleine Wohnungen preiswerth zu verm.

Rechtsbureau Paulstr. 31, Vormitt. bis 2; Mendelsohn-

strasse 14. Nachm. bis 8. Praktischer Rath und zuverlässige Ausführung in allen Rechtssachen bei billiger Berechnung. 85b
Topolinski, langjähriger Rechtsanw. Bureauvorsteher.

* Zitherunterricht Sebastianstr. 10, I. r.

Zahn-Arzt Robert Wolf,

Leipzigerstr. 22. [118b]
 Spr. 8-7 Uhr. Theilzahlung.

Von der Invalidenstr. 145 (Kaffee-

Lokal) bis Stettiner Bahnhof sind von einem Arbeiter am 13. November, Morgens von 6-7 Uhr, 40,50 M., die ganze Baarschaft, in einem braunschwarzen Portemonnaie verloren gegangen. Der ehrliche Finder wolle es gütigst an die Exped. d. Bl. gegen 10 M. Belohnung abgeben. 154b

Schweinefleisch

von 50, 55, 60 Pf. Schweinefleisch m. Gebr. 25, 30 Pf. Hind-, Hammel-, Kalbfleisch die billigst. Tagespreise, dickes Rückenst. 50 Pf. 59/21
Auguststr. 50a.

Geschäfts-Eröffnung.

Habe Schillingstr. 27 ein Kohlen-geschäft eröffnet und empfehle das-selbe den Genossen bestens. 152b
Friedr. Lehmann.

Verein Zimmer (50 Personen) mit

Piano, einige Tage frei, Kleine Markts-trasse 10. 2759b

Nordwesten. Kl. Wohn. 150 bis

210 M. Wilhelmshavenerstr. 10. [114b]

Arbeitsmarkt.

Goldleiten.
 Tüchtige Farbmalger finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung 147b
 Köpnickstr. 109a.

Goldleiten. 148b
 Tücht. Belegerinnen u. Vergolderinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung. Köpnickstr. 109a.

„Frankfurt a. Main.“ [5189e]

Zuschneider
 verfehlt für Lager u. Naah für besseres Herren-Garderobengeschäft (detail) per Januar gesucht. **Schweiger, Zeit 32.**

Einen tüchtigen Rahmenmacher, welcher selbständig arbeiten kann, verlangt **Albert Spiesicke,**
 Goldleitenfabrik, Dresdenstr. 38.

Tücht. Berichterstatter, ev. 2. Redakteur, angefaßt mit sämmtl. dazu erforderlichen Kenntnissen, sucht Stell. an e. Provinz. Parteiblatt zu über-n. Näheres durch 155b
H. Pistorius, Braunschweig.

Soziale Ueberlicht.

Achtung, Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe!

Nach jahrelangem Bemühen ist es dem Verbands der Geschäftsdienerschaft, Vater und Berufsgenossen gelungen, die Reichsregierung von der Nothwendigkeit einer Regelung unserer Arbeitsverhältnisse zu überzeugen.

Auf wiederholtes Drängen ist dem Verbandsvorstande von der Reichskommission für Arbeiterstatistik ein Fragebogen zur Beantwortung übergeben worden. Die darin enthaltenen Fragen sind nun nicht allein zu beantworten, sondern die Antworten zu begründen und mit tatsächlichen Beweismaterial zu belegen. Zu diesem Zweck findet am Dienstag, den 14. d. M. Abends 9 Uhr, bei Gräber, Köpcke-Str. 100, eine große Versammlung aller Haus- und Geschäftsdienerschaft, Vater und Berufsgenossen statt. Tagesordnung: 1. Was antworten wir dem Herrn Minister? 2. Berichterstattung der Kommission zur Beantwortung der Fragebogen. Kollegen! Es ist eure Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen, wenn ihr nicht wollt, daß solche menschenwürdige Zustände, wie sie stellenweise in unserem Gewerbe in anbräutlicher langen Arbeitsdauer, Lohnverhältnisse, Paträume u. s. w. herrschen, weiter bestehen sollen.

Der Vorstand
des Verbandes der Geschäftsdienerschaft, Vater
und Berufsgenossen.
J. A.: Karl Brinschke, Neanderstr. 83.

Die Hellenhauer werden gewarnt, den Versprechungen des Hellenhauermeisters Peter in Bukarest zu folgen, da über genannte Werkstätte die Sperre verhängt ist.

Staatsbahn und Arbeiterentlassungen. Ueber obiges in unserer Briefe bereits als Thema bekanntes Thema schreibt unser Vorkämpfer Bruderorgan vom 11. November einen längeren Artikel, dem wir folgendes entnehmen: Aus hiesigen Bahnhöfen spielte sich heute eine aufregende Szene ab, hervorgerufen durch die Kündigung von neun alten Streckenarbeitern. Die vom Bahnmeister entlassenen Arbeiter waren zum Theil 20-25 Jahre, der eine sogar 33 Jahre lang im Dienste der Bahn thätig gewesen. Der Grund der Entlassung war nicht etwa Nachlässigkeit im Dienst oder Unbotmäßigkeit gegen ihre Vorgesetzten — das hätten die alten in Subordination erproben, im gefährlichen Bahndienst Ergrauten niemals gewagt, nein, es ist hier wiederum die bekannte, seit langem bei unseren Eisenbahnen übliche Kleinliche Knickerei.

Ueberall soll gepörrt werden, die Beamtenschaft wird verringert, der Lohn gekürzt, damit der Eisenbahnfiskus Ueberschüsse mache für den Militärmosch.

Was dem geschätzten Vorkämpfer gerade einen so widerlichen Stempel aufgedrückt, das ist der Umstand, daß von den 25 Streckenarbeitern die 9 Ältesten herausgesucht wurden und ihnen gekündigt wurde. „Diese alten Veteranen“, so schreibt nun unser Vorkämpfer Bruderorgan weiter, „nahmen die Thränen von den Waden, als sie ihr fürchtbares Urtheil entgegennehmen mußten; denn daß sie jetzt einer traurigen, elenden Zukunft entgegengehen, daß wohl sicher auch die Staatsbahnverwaltung, daß braucht nicht lange ausgeführt zu werden. Oder kann die Bahnverwaltung vielleicht diesen alten Männern neue Arbeit in einem Staats- oder Privatbetriebe nachweisen? Wir haben ja die Altersversicherung!“ ruft vielleicht ein Verberlicher unserer heutigen wirtschaftlichen Zustände aus. Jawohl, wir haben die Altersversicherung. Aber ist es nicht blutiger Hohn, wenn die Staatsregierung auf der einen Seite für 70 Jahre alt gewordene Arbeiter eine Altersversicherung durch den Reichstag annehmen läßt, sich dabei gegen alle Anträge sperrt, welche darauf ausgingen, den Beginn der Altersrente von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen, und wenn auf der anderen Seite ein Organ derselben Staatsregierung 65- und 68jährige Arbeiter aus ihrem Betriebe entläßt, nicht etwa deshalb entläßt, weil diese Arbeiter sich einer Pflichtvergeßlichkeit schuldig gemacht hätten, sondern lediglich deshalb, weil aus dem Staatsbahnbetriebe mehr Geld als bisher herausgeschlagen werden soll.“

Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts. Die Entschädigungsforderung eines Verletzten, der bei einer von seinem Dienstherrn theils auf eigenem, theils auf gepächtem Grund und Boden veranstalteten Treibjagd den Hund eines der

Jagdtheilnehmer geführt und sich dabei den linken Fuß erfroren, hatte, ist für begründet erachtet worden, da die Jagd nach Lage des Falles als ein Nebenbetrieb der Landwirtschaft angesehen werden mußte, und das Erfrieren des Fußes in einem verhältnismäßig kurzen, der Dauer nach den Begriff des Unfalls noch nicht ausschließenden Zeitraum erfolgt war.

Ein Hofmeister, der von seinem Dienstherrn beauftragt worden war, bei Forstrevisionen auch die Jagd auszuüben, hatte sich bei einem dienstlichen Gange durch den Forst infolge eines Sturzes eine Hüftverletzung zugezogen, als er einen angeschossenen Hasen über einen Bergabhang verfolgen wollte; sein Entschädigungsanspruch ist anerkannt worden, da er zur Zeit des Unfalls mit einer Revision des seinem Arbeitgeber gehörenden Forsttheils beschäftigt war, und die Verbindung seiner Thätigkeit mit dem Betriebe selbst durch die Verfolgung des angeschossenen Wildes noch nicht als gelöst erscheinen konnte.

Zum Unfallversicherungs-Gesetz. Eine durchgreifende Aenderung des gelben Formulars für die durch das Unfallversicherungs-Gesetz vorgeschriebenen Unfallanzeigen wird vom Reichs-Versicherungsamte seit längerer Zeit vorbereitet. Durch Rundschreiben vom 6. d. Mts. hat das Amt einen auf Grund von Berichten der Berufsgenossenschaften und unter Berücksichtigung der eingegangenen Gutachten mehrerer Orts-Polizeibehörden ausgearbeiteten Entwurf den unterstellten Berufsgenossenschaften zu letzter Keuherung überhandt. Die endgültige Feststellung ist in nächster Zeit zu erwarten. Der Gegenstand ist insofern wichtig, als die Unfallanzeige die Grundlage der gesamten Schabensregulierung bildet. In dem Rundschreiben betont das Reichs-Versicherungsamte, daß es bei der Aufstellung des neuen Formulars - Entwurfs von dem doppelten Bestreben geleitet worden sei, einerseits die zur Erstattung der Unfallanzeige verpflichteten Betriebsunternehmer nur zur Beantwortung solcher Fragen zu verpflichten, die sie ohne zeitraubende Ermittlungen innerhalb der gesetzlichen Angefrist auch wirklich in sachgemäßer Weise zu beantworten in der Lage sind, andererseits durch eine genauere Fragestellung gleich beim Beginn des Verfahrens auf eine möglichst erschöpfende Klärstellung des Thatbestandes hinzuwirken. Der Aufwand an Zeit und Mühe, die hierdurch für die Betriebsunternehmer in einzelnen Fällen hier und da entstehen mag, werde reichlich durch den Fortfall des sich häufenden Aufwandes an Arbeit und damit an Kosten aufgewogen werden, welcher der Berufsgenossenschaft als Gesamtheit durch die Nachholung der zur rechten Zeit verabsäumten und häufig nur bald nach dem Unfall überhaupt möglichen Feststellungen entstehe. Es ist anzunehmen, daß das neue Formular wesentlich dazu beitragen wird, Verzögerungen in der Rentenfestsetzung zu vermeiden.

In den sämtlichen 94 Krankenkassen Berlins kamen im Laufe des Berichtsjahres 108 515 Erkrankungsfälle mit 2 940 301 Krankentage und 3308 Sterbefällen vor. Von 100 Mitgliedern des männlichen Geschlechts erkrankten 35,0 und starben 1,2, von 100 weiblichen 33,5 und 0,7. Auf 100 Erkrankten kamen bei den Männern 8,3, bei den Frauen 2,2 Todesfälle. Auf ein Mitglied kamen 9,2, auf eine Erkrankung durchschnittlich 26,2 Krankentage bei den Männern und 10,9 und 29,8 bei den Frauen. Die Erkrankungen waren — abgesehen von gewissen Kasseneinrichtungen mit sehr geringer Mitgliederzahl — besonders häufig bei den Mitgliedern der Verkehrskassen der Großen und der Neuen Berliner Eisenbahn-Gesellschaft, wo von 100 Mitgliedern 51,1 beziehungsweise 78,1 erkrankten, besonders langwierig bei den männlichen Tabakfabrik-Arbeitern und Strumpfwirkern mit 43,9 und 45,8 Krankentagen auf eine Erkrankung. Die Einnahmen im Jahre 1892 beliefen sich bei sämtlichen Kassen einrichtungen zusammen auf 7 543 715 M., davon waren 6 319 102 M. oder 83,8 pCt. Beiträge, 139 583 M. Eintrittsgelder und 108 030 M. barer Kassenbestand am Anfang des Jahres. Auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 20,17 M. an Beiträgen. Die gesamten Ausgaben betrugen 7 247 012 M.; darunter waren 655 937 M. für ärztliche Behandlung, 1 082 799 M. für Arznei und sonstige Heilmittel, 3 043 468 M. Krankengelder an Mitglieder, 101 265 M. Krankengelder an Angehörige der Mitglieder, 75 937 M. Unterhaltungen an Wdwen, 240 090 M. Sterbegelder, 1 079 171 M. Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten, 377 208 M. persönliche und 124 265 M. sächliche Verwaltungskosten.

stellen, daß Bernstein durch diese neue Ausgabe von Lassalle's Reden und Schriften die bürgerliche Lassalle-Legende mit einem kräftigen Schlage vernichtet hat. Wir nehmen selbst die paar bürgerlichen Schriften über Lassalle nicht an, die an sich alle Achtung verdienen, wie die bekannte Studie von Brandes. In der elf Bogen starken Einleitung über Lassalle und seine Bedeutung in der Geschichte der Sozialdemokratie hat Bernstein eine Reihe von Streitpunkten, die bisher Lassalle's Charakterbild zum Spielball für Kunst und Haß der Parteien machten, so klar gestellt, daß darüber kein ernsthafter Streit mehr möglich ist, unbeschadet dessen, daß die bürgerliche Presse, die in Fragen der Wissenschaft ja überhaupt nicht mehr mitgeht, mit den abgethanen Märchen weiter treiben wird. Wir haben beispielsweise die schöne und an neuen Aufschlüssen reiche Untersuchung über Lassalle's Stellung in der europäischen Krisis von 1859 hervor. Diese Einleitung Bernstein's ist der erste, bedeutende Schritt zur geschichtswissenschaftlichen Würdigung dessen, was Lassalle gedacht, gesagt und gethan hat.

Der erste bedeutende Schritt, womit freilich schon ange-deutet ist, daß noch andere Schritte zu thun sind. Und in der That sind wir der Ansicht, daß sich gegen manche und auch nicht bloß unwesentliche Parteien dieser an sich vortrefflichen Arbeit triftige Einwände erheben lassen. Einwände allerdings, die in dem engen Rahmen einer Zeitungskritik schwer zu begründen sind, da sie sich nicht sowohl gegen tatsächliche Einzelheiten richten, in deren Grörterung Bernstein durchaus gewissenhaft verfährt, als gegen seine gesamtgeschichtliche Auffassung, gegen den Geist seiner Darstellung, ja theilweise auch nur gegen ihren Ton, der hier eben auch mitunter die Musik macht. Sehr Weniges und verhältnismäßig Weißlaues verdient entschieden Tadel, so auf Seite 63 die erste Anmerkung, die Bernstein bei einer neuen Auflage gewiß streichen wird. Bei den meisten Bedenken, die wir geltend machen möchten, könnte uns Bernstein erwidern: Ja, das habe ich ja ausdrücklich berücksichtigt. Und wir müßten ihm dann antworten: Freilich wohl, aber nicht genau so, wie es in den historischen Zusammenhang gehört oder nicht ganz mit der richtigen Betonung oder in einer Form, die den Inhalt mehr oder weniger beeinträchtigt.

Doch damit wir nicht bloß ins Blaue hinein getadelt zu haben scheinen, wollen wir wenigstens an einem besonders wichtigen Punkte darlegen, was wir gegen Bernstein einzuwenden haben. Es handelt sich um die Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe. Lassalle hat diesen Vorschlag, wie namentlich auch aus seinen Briefen an Rodbertus hervorgeht, in dem guten, sei es auch irrigen Glauben gemacht, daß darin der Gedankenkern anhalten sei, aus dem sich die sozialistische Gesellschaft unaufhaltsam entwickeln müsse, und das erntet auch Bernstein vollkommen an. Aber, so meint Bernstein weiter, dieser gute

Zum Elend in den Ziegeleien. Man schreibt uns: Bei und in dem Dorfe Marienthal an der westen-burgischen Grenze, von wo die Steine auf dem Wasserwege nach Berlin gebracht werden, liegen Ziegeleien, auf die ich Ihre Aufmerksamkeit lenken muß.

Der ordentliche Tagelohn beträgt 2 M. Bearbeitet wird von Montag früh bis Sonnabend Mittag, also 5 1/2 Tage, so daß die im Tagelohn Stehenden auf 11 M. Wochenlohn kommen. Die Akkordarbeiter, und das sind die meisten, kommen auf 17 bis 22 M. Die Frauen und Mädchen, deren jedoch nur wenige da sind, nicht ganz 10 auf 100 männliche Arbeiter, kommen nur auf 6-8 M. Wochenlohn.

Das Schlimmste an den Verhältnissen ist das herrschende halbe Trudstern, da der Ziegelmeister oder vielmehr dessen Frau alle Lebensbedürfnisse hält, und es ganz selbstverständlich ist, daß die Arbeiter alles dort entnehmen; dabei bekommen sie, wie ich an dem Bier beobachten konnte, für 0,10 M. ein entschieden kleineres Quantum als anderwärts.

Die sozialistischen Ideen scheinen bei der dortigen Arbeiterschaft noch gar keinen Eingang gefunden zu haben; bei den Bauern wahrscheinlich noch weniger. Denn von den letzteren ist ein ganz Theil reich geworden, weil sie ihren Ackerboden pflöchlich als Ziegelboden (Thonboden) verkaufen konnten, wobei er um den 5-fachen Betrag im Werthe stieg.

Unsere Agitatoren werden gut thun, sich Marienthal einmal anzusehen!

Entbehrungslohn. Achtzehn Prozent Dividende erhielten die armen Aktionäre der Dresdener Waldschlößchen-Brauerei für ihre mühselige Thätigkeit, die sie im Jahre 1892/93 geleistet. Ein noch besseres Geschäft scheint die „Aktiengesellschaft für Kartonnagen-Industrie“ in Dresden zu sein. Mit einem Aktienkapital von 1 200 000 M. vor fünf Jahren begründet, hat die Gesellschaft in dieser Zeit Abschreibungen im Gesamtbetrage von 770 000 M. vorgenommen, dem Reservefonds 88 598 M. zugeführt, verfügt über 1 1/2 Millionen flüssiger Mittel und zahlt alljährlich, wie auch dieses Jahr, 20 Prozent Dividende an die Aktionäre. Und die Arbeiter?

Etwas vom Theilen. Ein Zahltagstittel für eine Arbeiterin in einer Fabrik Augsburgs hat unter Weglassung des Namens folgenden Wortlaut:

7 Arbeitstage à 1,50	10,50
ab für Krankentasse	—,19
Ino. u. Altersvers.	—,10
Estrafe 1 Wochenlohn	9,—
	9,23 9,23

Netto: M. 1,27
Also für 7 Arbeitstage erhielt die Arbeiterin 1 M. 27 Pf., das ist pro Tag 18 Pf.

Werden nun die Opfer solcher Ausbeutung auf dem Weg des Passiers getrieben, um ihr kümmerliches Leben zu fristen, zur Prostitution oder zum Diebstahl, so macht das nichts, es sind doch die Sozialdemokraten, welche Familie und Eigenthum gestören.

Harmoniebücherei. Der Hamburger Verein für Handlungs-kommiss, welchem außer 85 000 Handlungsgehilfen auch 5000 Prinzipale und 5000 Lehrlinge angehören, hat in Beantwortung der Anfrage des Reichstages über die Verhältnisse in den Ladengeschäften in bezug auf die wünschenswerthe Arbeitsdauer der Angestellten in Ladengeschäften, wie verlannt, recht bezeichnende Vorschläge gemacht. Nach diesen soll zwar nicht die bestimmte Anzahl von Stunden für die tägliche Offenhaltung der Läden, wohl aber der tägliche Geschäftsschluss am Abend gesetzlich festgelegt werden und zwar auf 8 Uhr Abends mit Ausnahme der Bäckereien, Milchhandlungen und Zigarrengeschäfte, sowie der Sonnabende und der Tage vor Festen. Nach dieser Zeit soll kein Gehilfe oder Lehrling mehr mit geschäftlichen Arbeiten beschäftigt werden dürfen. Diese Bestimmung hätte gleichmäßig für das ganze Reich in Kraft zu treten, nur die Festsetzung des Schlusses der Zigarrengeschäfte wäre den Ortsbehörden zu überlassen. Auch Ausnahmen für die Weihnachtszeit werden zugestanden. Nur im Falle der Ablehnung dieser Vorschläge erachtet der Verein eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für Gehilfen und Lehrlinge in Ladengeschäften auf 12-14 Stunden täglich für wünschenswert, wobei den Lehrlingen unter 16 Jahren wöchentlich mindestens vier

Lassalle's Reden und Schriften.

Ferdinand Lassalle's Reden und Schriften. Neue Gesamtausgabe. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Eduard Bernstein. Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 20 Lieferungen à 20 Pfennig. Berlin, Verlag des „Vorwärts“.

I.
Die neue Gesamtausgabe der Reden und Schriften Lassalle's, die Eduard Bernstein im Auftrage des sozialdemokratischen Parteivorstandes veranlaßt hat, liegt nunmehr vollständig vor. Es sind drei stattliche Bände, noch dazu ohne die Auszüge aus Lassalle's Briefwechsel, deren Herausgabe anfangs mit geplant war, aber zunächst an äußeren Hindernissen gescheitert ist. Sie werden hoffentlich bald in einem Supplementbände erscheinen. Einstweilen braucht man diese Bände nicht besonders zu beklagen. Was uns die neue Gesamtausgabe bietet, ist so überaus reich, so vortrefflich nach Form und Inhalt, daß wir mit seiner geistigen Assimilierung einwillen eine eben so genau, wie lehrreiche Beschäftigung haben; wir brauchen nicht allzu heißhungerig nach neuen Spenden zu sein, die Lassalle's geistiges Bild wohl noch abrunden und etwa mit diesem Bild oder jener Falte beleben, aber in seinen Grundzügen kaum mehr verändern werden.

Die Aufgabe des Herausgebers war dankbar, aber auch dornig. Er hatte weit mehr zu leisten, als die Reden und Schriften Lassalle's in ihrem ursprünglichen, durch die zahllosen Nachdrucke vielfach verdorbenen Texte wieder herzustellen. Sollte die Ausgabe der Partei würdig sein, so durfte er der Person und Politik Lassalle's nicht zu nahe treten, ohne doch den Abstand zu vermissen, der Lassalle's Anschauungen und Auffassungen von dem heutigen Sozialismus trennt, einen Abstand, der sich aus einem dreißigjährigen unermüdbaren Vorkampfe des Klassenbewusstseins Proletariats ergeben mußte und thatsächlich ergeben hat. Bernstein durfte weder das, was wir heute in Lassalle's Wirken als verfehlt erkennen, mit der Stutze des Schulmeisters strafen, noch auch durfte er darüber hinwegleiten mit dem gemüthlichen Philisterröste. Er war ein Mann, nehmt alles nur in allem! Die Aufgabe, die ihm gestellt war, erforderte ebenso sehr Fleiß, Scharfsinn, Wissen, wie ein historisch geschultes Auge, ein fein abwägendes Gefühl für Gerechtigkeit und namentlich auch viel Takt.

Wir bedauern nun, an dieser Stelle dem Herausgeber nicht das Lob, das er thatsächlich verdient hat, so unverdämlt aussprechen zu können, wie es an und für sich angezeigt wäre. Aber wir dürfen unbedenklich um Missdeutungen die Thatsache fest-

glaube reich zur Rechtfertigung Lassalle's nicht aus. Er, der in einem Aufsätze über Franz von Sickingen so trefflich dargelegt habe, welche Gefahr darin liege, die wahren und lezten Zwecke der Bewegung anderen (und beiläufig eben dadurch häufig sogar sich selbst) geheim zu halten, der in diesem Geheimhalten eine „sittliche Schuld“ erblickt habe, die Sickingen's Untergang herbeiführen mußte, den Ausfluß eines Mangels an Zutrauen in die Macht der von ihm vertretenen Idee, ein „Abweichen von seinem Prinzip“, ein „halbes Gedrochensein“ — er gerade hätte sich zuletzt darauf verlegen dürfen, die Bewegung auf ein Mittel, statt auf den wirklichen Zweck zuspitzen. Es entschuldige ihn auch nicht, daß die Massen für diesen Zweck noch nicht zu gewinnen gewesen seien. Waren die Massen noch nicht für das wirkliche Ziel der Bewegung zu interessieren, so war dieses überhaupt verfrüht, und dann konnte auch das Mittel, selbst wenn erlangt, nicht zum Ziele führen. . . . War aber die Arbeiterschaft entwickelt genug, das Ziel der Bewegung zu begreifen, dann mußte dasselbe auch offen ausgesprochen werden.“ Diese Argumentation scheint uns gänzlich neben das Ziel zu treffen und auch über den vorliegenden Fall hinaus sehr bedenkliche Konsequenzen zu enthalten.

Der Unterschied zwischen Sickingen und Lassalle bestand eben darin, daß Sickingen seinen Zweck überhaupt verschleierte und Mittel wählte, die gar nicht auf dem Wege seines Zwecks lagen, während Lassalle — doch lassen wir ihn selbst sprechen. Im „Faktat-Schulze“ — in der vorliegenden Ausgabe Bd. 3 S. 220 — nennt er die Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe „keineswegs die Lösung der sozialen Frage“, sondern nur das „mildeste Uebergangsmittel“, sagt dann aber, sie seien „das organische, unaufhaltsam zu aller weiteren Entwicklung treibende und sie aus sich selbst entfaltende Senstorn hierzu“ und fügt in einer Anmerkung hinzu: „Eine theoretische Leistung und eine praktische Agitation haben in einer Hinsicht ein ganz entgegengesetztes Wesen. Eine theoretische Leistung ist um so besser, je vollständiger sie alle, auch die lezten und entferntesten Konsequenzen des in ihr entwickelten Prinzips zieht. Eine praktische Agitation umgekehrt ist um so mächtiger, je mehr sie sich auf den ersten Punkt konzentriert, aus dem dann alles Weitere folgt. Nur muß es eben ein solcher Punkt sein, der bereits alle weiteren Konsequenzen in sich trägt, und aus welchem sie sich mit organischer Nothwendigkeit entwickeln müssen.“ Für einen solchen Punkt hielt Lassalle die Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe und indem er seine Agitation zunächst auf sie konzentrierte, lud er eben so wenig eine „sittliche Schuld“ auf sich, als Marx auf sich lud, indem er dem Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation eine so weite Fassung gab, daß gleichermäßen englische Trades-Unionisten, französische Proudhonisten und deutsche Lassalleaner

Stunden zur kaufmännischen Ausbildung bzw. Fortbildung freigegeben wären. — Es geht doch nicht über die „Interessengemeinschaft“ zwischen Unternehmer und Arbeiter!

Ein kapitalistisches Muster-Institut muß wohl die Zellstoff-Fabrik Waldhof sein. Diese wird im laufenden Jahre mindestens 20 pCt. Dividende verteilen — und das ist doch unstrittig die Hauptsache. Die Döhns aber für die Arbeiter sind derartig, daß diese sich danach kränken (was allerdings zu verwirklichen ist) Ueberstunden zu machen, weil sie sonst nicht das Nötige verdienen zur Ernährung von Frau und Kindern. In der Zellstoff-Fabrik ist auch eine ununterbrochene 24stündige Arbeitszeit keine Seltenheit.

Chemnitz. Die Sächsische Webstuhl-Fabrik, vorm. L. Schönherr, in Chemnitz, verteilt an ihre Aktionäre 11 pCt. Dividende. Die diesjährigen Dividenden-Ergebnisse zeigen wiederum, daß für Aktienbesitzer noch kein Nothstand besteht.

In Bayern sind in den Jahren 1880 bis 1891 durchschnittlich jährlich 1833 landwirtschaftliche Anwesen im Zwangswege versteigert worden. Im Jahre 1892 kamen 883, also 480 weniger unter den Hammer. Von diesen 883 Grundstücken gehörten 690 dem kleinen Grundbesitz (bis zu 10 Hektar Größe), 191 dem mittleren (10—100 Hektar), 2 dem Großgrundbesitz (über 100 Hektar) an, oder in Prozenten ausgedrückt: 78,1, 21,7, 0,2. Im zwölfsjährigen Durchschnitt von 1880—1891 war das Verhältnis 80,06, 19,7, 0,2 pCt. Diese Ziffern zeigen, daß es auch im Eldorado der Bauern, eben in Bayern, um die Existenz der Kleinen nicht besser bestellt ist, als anderswo, also so unsterblich wie möglich. Und anders kann es auch nicht sein in einer Gesellschaftsordnung, von der zu treffender als je von einer früheren das Wort gilt: Wer da hat, dem wird gegeben, wer aber nichts hat, dem wird auch das Wenige genommen, das er hat.

Die Fleischer und Fleischerinnen Wiens. Circa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen, haben ihre Wünsche den Unternehmern unterbreitet. Sie fordern:

1. Einen Minimallohn von 12 fl. pro Woche für Männer.
2. Einen Aufschlag von 1 fl. pro Woche für die weiblichen Arbeiter zu ihrem bisherigen Wochenverdienste.
3. Eine zehnstündige Arbeitszeit, und zwar von 7 Uhr früh bis 6 Uhr Abends mit einer Stunde Mittagspause. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden und nur im unabweisbaren Falle, bei dringender, unaufschiebbarer Arbeit zu machen.
4. Für jede Ueberstunde ist nebst dem gewöhnlichen Lohn ein 50-prozentiger Zuschlag zu bezahlen.
5. Jeder Feiertag muß bezahlt werden, wenn auch nicht gearbeitet wird. Sobald gearbeitet wird, ist bis 2 Uhr Mittag ein ganzer Tagelohn zu bezahlen, jede weitere Stunde nach 2 Uhr muß als Ueberstunde gerechnet werden.
6. Von Seiten der Vorgesetzten, sowie Vorarbeiter wird eine anständige und menschenwürdige Behandlung aller Arbeiter gefordert.
7. Der 1. Mai ist als Feiertag zu betrachten und muß auch bezahlt werden.
8. Diese Vereinbarungen sind in eine Arbeitsordnung, welche nach vorheriger Genehmigung der Gewerbebehörde im Fabrikraum nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung angebracht sein muß, aufzunehmen.
9. Von den Mitgliedern des Lohnkomitees darf vor Ablauf von 6 Monaten niemand entlassen werden. Sollten die Herren Arbeitgeber die hier gestellten Forderungen bis Sonnabend, den 11. November, nicht bewilligen, erklären sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit in so lange nicht mehr aufzunehmen, bis diese Forderungen durchgeführt werden.

Wien. Der Werberstreik ist noch nicht beendet. Er ist übrigens nicht — wie die Tagesblätter behaupteten — ein Angriff, sondern, wie die „Wiener Arbeiter-Ztg.“ vom Freitag nachweist, ein Abwehrstreik. Die Werber Wiens waren bisher noch gar nicht organisiert und mußten dies bitter empfinden, indem ihnen eine geradezu Viehische Behandlung seitens der Unternehmer zu theil wurde.

Streik in Oesterreich. Wien. 160 Mann Rohrdrechsler streiken. Am 28. Oktober wurde die Arbeit niedergelegt und in fünf Werkstätten sind bis heute bereits die aufgestellten Forderungen bewilligt. Die Aussichten sind sehr günstig. Die Arbeiter werden ausdauern, so lange es notwendig ist. Die Organisation ist sorgfältig angebaut, daher es möglich ist, allen Intriguen der Arbeitgeber gegenüber Stand zu halten. Zugang ist fernzuhalten.

In Schwabach haben 150 Arbeiter der Seidenwarendruckfabrik von Frölich die Arbeit niedergelegt. Am 31. Oktober wurde den Arbeitern eröffnet, daß für die Arbeit eines zur Zeit sehr gangbaren Artikels eine 20-prozentige Lohnreduktion sich nöthig mache. Die Arbeiter gingen darauf nicht ein, sondern erklärten, am 2. November die Arbeit einzustellen.

Jassy. Die Selbstgeher in Jassy haben die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzuhalten.

Statistisches aus England. Die Zahl der Baumwollenspinnmaschinen, welche im Monat September in England eingeführt

in sie eintreten konnten, oder Viehdiebstahl, indem er 1886 das Chemnitzer Programm unterschrieb, oder die heutige Sozialdemokratie, indem sie die Handarbeiter über ihre Klasseninteressen aufzuklären sucht. Wollte sie so lange warten, bis unsere ostelbischen Tagelöhner aus sich heraus das kommunistische Manifest „begegnen“, dann wäre die sozialistische Landtagung noch am jüngsten Tage „verfrüht“. Nicht nur milder, sondern namentlich auch gerader als Bernstein urtheilt Rodbertus über Lassalle, wenn er sagt, es wisse nicht den geringsten Schatten von Lassalle's Charakter, wenn es „einen eotetischen und exotetischen Lassalle“ gegeben habe. „Praktische Weltfragen wie die soziale müssen immer zugleich eotetisch und exotetisch behandelt werden. Nur das düstige Licht, das der Liberalismus auf Staatsmagazine dieser Art ausgestrahlt hat, hat diesen Sach anzufrachten vermocht.“ Nur im Kampfe um ihre Emanzipation können die arbeitenden Klassen ein volles Verständnis für das letzte Ziel dieses Kampfes gewinnen, nur im Wasser können sie schwimmen lernen, und wenn anders Lassalle überzeugt war, daß die Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe das Senforn der sozialistischen Gesellschaft seien, so läßt sich von dieser Seite her gegen seine Agitation weder moralisch noch politisch etwas einwenden.

An der Erörterung dieses einen Punktes wollen wir uns genügen lassen; von der Begründung anderer Differenzpunkte sehen wir ab, nicht nur aus Rücksicht auf den Raum, sondern auch weil wir nicht den falschen Schein hervorbringen möchten, als läge der Schwerpunkt von Bernstein's Arbeit in diesen Schwächen, die eben doch nur der Schatten von dem Lichte sind, das er über Lassalle verbreitet hat. Bei einer gründlichen kritischen Erörterung einer viel umstrittenen historischen Erscheinung pflegt ja unausweichlich die negative Seite etwas schärfer hervorzutreten als die positive. Vielleicht niemand hätte die Sache besser gemacht als Bernstein, und jedenfalls wir nicht; eine Arbeit, wie Bernstein sie geleistet hat, war unbedingt notwendig, und es würde lebhaft zu beklagen sein, wenn die Vermittlung, die dieses oder jenes alzu bittere Urtheil Bernstein's nach unserer Kenntniss der Dinge in manchen Arbeiterkreisen erweckt hat, zu irrtümlichen Schlüssen über den Werth seiner Abhandlung führen würde. Auf dem Grunde, den Bernstein gelegt hat, läßt sich seine Auffassung, soweit sie mehr oder weniger einseitig ist, leicht ergänzen, und das Beste dazu thun die fleißige Arbeit, die er der reinen und unerschütterlichen Wiederherstellung des Lassalle'schen Textes gewidmet hat. Hierüber noch Einiges in einem zweiten Artikel.

S. Mehring.

wurden, betrug 102 006, die Ausfuhr 41 873. Dies bedeutet ein Mehr von 12 855 und 6 964 gegen den gleichen Monat im Vorjahre. In den 9 Monaten d. Jahres, endend mit dem 30. September, belief sich der Import auf 1 775 495 Ballen, der Export auf 345 854 Ballen.

Ueber den riesigen Umfang der englischen Fischerei geben uns folgende Zahlen Aufschluß: Im Monat September wurden an englischer Küste im Ganzen (ausgenommen Schellfisch) 727 731 Zentner, also 47 988 Zentner Fische mehr gefangen als im September 1892. Seit Beginn des Jahres sind mehr denn 4 1/2 Millionen Zentner Fische in englischen Häfen ausgeführt worden.

Verfammlungen.

Ueber die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation sprach Reichstags-Abgeordneter Max Schippel am 12. November im großen Saale der Buchdruckerei in einer öffentlichen Versammlung der Buchdrucker- und Buchdrucker-Hilfsarbeiter. Der Redner führte ungefähr aus: In einer Zeit der Krise können durch die Gewerkschafts-Organisationen die Erfolge erreicht werden, wie in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Werfen wir einen Blick auf die Unternehmungen. Von den Gegnern soll man lernen. Aus deren Verhalten ist zu ersehen, welchen Werth sie den Arbeiter-Organisationen beimesse. Mit allen wirtschaftlichen und politischen Mitteln, von den Behörden in nicht geringem Maße unterstützt, arbeiten sie gegen die Arbeiter-Vereinigungen. Und nicht nur bei uns und nur heute, sondern auch in anderen Ländern und zu allen Zeiten war es ihr Bestreben, die Arbeiter niederzubalzen. In England wurden zu Anfang dieses Jahrhunderts draconische Gesetze gegen die Koalition der Arbeiter, die auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes gerichtet waren, geschaffen. Deportation nach Australien auf lange Jahre, oft für immer, war die harte Strafe für Arbeiter, die sich etwa anmaßen, gemeinsam den Kampf gegen das Kapital zu führen. Erst 1859 sah man in England ein, daß es angesichts der Entwicklung der Produktionsweise unmöglich war, diese Gesetze aufrecht zu erhalten. Seit dieser Zeit haben die englischen Arbeiter ihre, in manchen Punkten auch noch beschränkte Koalitionsfreiheit. In Frankreich zeigt sich ein dasselbe Bild. Bald nach Ausbruch der großen Revolution schuf das honette Völkertum die sogenannten Verschwörungsgesetze, die ihre Spitze nur gegen die Vereinigungen der Arbeiter richteten. Bald nach Wiedereröffnung der Kommune 1870 begann sofort wieder der Kampf gegen die Arbeiter-Organisationen, die sich in den mittleren Jahrzehnten gewisse Rechte erworben hatten, auf Grund der ausgeprägten Verschwörungsgesetze. In Preußen-Deutschland schuf man in den 40er Jahren dieselben Gesetze. Inzwischen haben sich die Zeiten infolgedessen geändert, daß der heut gegründete „Gutenbergsbund“, der sich gegen den „Verband der Buchdrucker“ richtet, jetzt von derselben Behörde unter ihre Fittige genommen wird. Seit den 60er Jahren haben wir in Preußen-Deutschland einen immerwährenden Kampf der Behörden und Unternehmervereinigungen gegen die Arbeiterorganisationen, der unter dem Ausnahmefgesetz mit rücksichtsloser Schärfe geführt, dennoch nicht seinen Zweck, ihre gänzliche Vernichtung, erreichte. Das beweist nicht alles andere, welchen Werth die Organisation der Arbeiter in den Augen der herrschenden Klassen hat. Das Kapital schreibt die Arbeitsbedingungen vor, jeder Vortheil für die Arbeiter muß ihm erst abgerungen werden. Der Einzelne muß sich jede unwürdige Behandlung, jeden noch so geringen Lohn bieten lassen. Die Arbeitsbedingungen besser gestellter Arbeiter, zu denen auch die Buchdrucker gehören, sind nur durch die wirtschaftlichen Kämpfe ihrer Organisation erreicht worden. Sozialzuschläge, Abschaffung der Sonntagsarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit etc. alles dies verdanken die Buchdrucker ihrem Verband. (Sehr richtig.) Die Buchdrucker haben ihre Hoffnungen nur auf diese Organisation zu setzen und alles zu verhindern, was einen Keil in ihre Bewegung hineinträgen könnte. (Stürmischer Beifall.) Man sagt: der rein wirtschaftliche Kampf führe nicht zum Ziele, die politische Bewegung müsse voll ausgenutzt werden. Er meine, auch die Gewerkschaftsbewegung dürfe nicht vernachlässigt werden. Redner erinnert an den Streik der Kassaleaner mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwunge in den 70er Jahren traten dann doch eine ganze Reihe Kassaleaner an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung, die trotz der Beschlüsse dagegen, schnell empornwuchs. Die Gründerperiode brachte den deutschen Gewerkschaften eine kurze Blüthezeit, der die hereinbrechende Krise nur zu bald ein Ende machte. Raum hatte sie sich etwas erholt, da traf sie ein neuer Schlag — das Sozialistengesetz. Die meisten Organisationen, selbst Krankenkassen der Arbeiter wurden aufgelöst. Doch bei glücklicher Geschäftzeit, Anfang der 80er Jahre, ergriffen die Gewerkschaftsbewegung wieder an der Oberfläche. Es kamen die vielen Streiks, die zum Theil verloren gingen. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes trat die politische Organisation wieder ins Vordertreffen. Gleichzeitig war aber auch die wirtschaftliche Krise auf allen Gebieten in voller Kluft und hatte für die Gewerkschaften zahlreiche Verluste an der Zahl der Mitglieder zur Folge; hinzu kam noch der Jommesstreik, der viele Arbeiter vom Beitritt abhält und so ist die momentan bestehende Mißstimmung erklärlich und hat die Meinung aufkommen lassen, die politische Parteileitung sei daran schuld. Auch die politische Partei leidet unter der gegenwärtigen wirtschaftlichen Mißere. Trotz der ungünstigen Verhältnisse haben sich verschiedene Gewerkschaften doch fast erhalten, so auch die Buchdrucker, und sie haben alle Kräfte anzuspannen, damit es ihnen gelingt, die kommenden Kämpfe abzuschlagen. Diese stehen ihnen unmittelbar bevor. Sie haben die Pflicht, einig dazustehen gegen die Unternehmungen, gegen Behörden; dann mag kommen was will, an der Organisation der Arbeiter wird und muß alles scheitern. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion nahm zunächst Wilhelm Werner das Wort. Er ging auf die „Gewerkschaftsdebatte“ des Kölner Parteitag ein. Trotz der Gefahr, daß auch ihm der anwesende Abgeordnete Auer, wenn ihm das Fell jucke, dasselbe streichen würde (Unterbrechung. Ausruf: Zur Sache!) bezeichne er die dort gehaltenen sonderbaren Redebühnen als ungehörig. In den Ausführungen Schippel's und dem Standpunkt der Mitglieder des Parteivorstandes befindlichen Widersprüche. Nach Rebel müßte man den Gewerkschaftsboden verlassen und sich lediglich auf den politischen stellen, das beweisen seine Ansätze gegen einige Besucher des Frankfurter Hochstift-Kongresses. Schippel dagegen habe bewiesen, daß nur durch wirtschaftliche Kämpfe der Arbeiter sich seine Lage bessern könne. Es sei eine Unmöglichkeit, daß Gesetze geschaffen würden, die für den Arbeiter zum Vortheil und für den Unternehmer zum Nachtheil ausfallen. — (Der Vorsitzende Faber ruft den Redner zur Sache.) — Werner fährt fort: Da ihm nicht gestattet ist, auf politisches Gebiet einzugehen, so komme er auf den Parteitag zurück. Er will beweisen, daß nur Leid über das Rivalisieren der Gewerkschaftsbewegung mit der politischen Partei die Haltung Auer's und des Parteivorstandes bestimmt. Das Ganze sei Koulissen-schieberei gewesen. Der Ausspruch Auer's: vom Fell streichen, beweist, wie weit der politische Terrorismus getrieben wird. Der Klassenkampf könne nur von den Gewerkschaften und auf wirtschaftlichem Gebiet geführt werden; die Gewerkschaften seien bestimmt, die Preisler der späteren Produktionsgruppen zu bilden und zwar ohne Dekrete und ohne Konzente. Der Staat kann den Arbeitern nichts geben, ganz gleich, ob er nun monarchische oder sozialdemokratische Spitze habe. Die Behörden seien nur die Handlanger der jeweiligen Gewaltthaber. Auch er rathe zum Schluss, mit allen Mitteln gegen die Neugründung des „Gutenbergsvereins“ Front zu

machen und sich nur auf eigene Kraft verlassen, niemals aber auf die alleinseligmachende Kirche, die da Staat heißt. Massini will die von Werner angelegte Sache, betreffend die Gewerkschaftsdebatte auf dem Parteitag, vor einem anderen Forum besprechen. Von 12 Mil. Wählern haben bei der letzten Reichstagswahl nur 9 Mil. und von diesen nur 1 1/2 Mil. sozialdemokratisch gewählt, mithin sei noch viel zu agitieren. Aufgabe aller Gewerkschaften müsse sein die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Redner fordert zum Anschluß an den Verband auf. Ph. Schmitt hielt ebenfalls die gewerkschaftliche Organisation als erste Nothwendigkeit für jeden Arbeiter. Er sei mit Schippel und Werner darin vollkommen einig. Die Organisation der Buchdrucker müsse wieder so stark werden, wie in den 80er Jahren. Ein trauriges Bild böte es, wenn die Gründung des „Gutenbergsvereins“ zu stande käme und dann am Ende des 19. Jahrhunderts Arbeiter gegen Arbeiter kämpfen würden, statt alle einig aufzugehen im Verband, in der modernen Arbeiterbewegung, in der Sozialdemokratie, im Kampfe gegen das Kapital. Ueber polemische gegen Massini inbetreff des Unterstützungs-wesens. Im übrigen vertrat er Berner's Ansichten. Im Schlusswort wandte sich Schippel gegen Werner, der gemeint habe, wenn er (Schippel) auf dem Parteitag das Referat in der Gewerkschaftsfrage gehalten hätte, wäre ein anderes Resultat erzielt worden. Er stelle fest, daß die vom Parteitag angenommene Resolution zu Punkt 6 der Tagesordnung auch seine Unterföhrung trug. Mehr als in derselben sieht, konnte die Partei als solche unmöglich thun; was vernünftiger Weise gefordert werden kann, ist auch in ihr enthalten. Es sei ein Fehler der Gewerkschafts-Organisationen, daß sie verlangen, die politische Partei solle ihre Arbeit besorgen. Das ist ihre eigene Sache. Die Parteiführer resp. Reichstags-Abgeordnete schreiben Leitartikel für die Gewerkschaftspressen, halten Vorträge in gewerkschaftlichen Versammlungen und stehen in jeder Weise mit Rath bei, was sollen sie noch thun? Wenn es nicht vorwärts geht, so ist es durchaus nicht die Schuld der politischen Partei. Selbst Hand angelegt an den Pflug, dann wird auch die Ernte ausgehen. (Bravo.)

Werner machte hierauf Schippel den Vorwurf, er schwänke hin und her und habe die Resolution des Parteitag zum Theil verlesen und das, was ihm daran nicht gefiel, weggelassen. Ihm antwortete Schippel sofort durch Verlesung von A bis Z sowohl dieser, als auch der in derselben angezogenen „Resolution Klotz-Grillenberger“, die der Parteitag in Halle angenommen hatte. Daraus ergebe sich, daß jedem Parteigenossen zur Pflicht gemacht ist, sich der Organisation seiner Gewerkschaft anzuschließen. Es werde gewissermaßen ein moralischer Druck ausgeübt. Den Vorwurf von Werner wies er entschieden zurück, derselbe hätte besser gelautet, die Wahrheit zu sagen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Vorsitzende Faber ersuchte alle Kollegen, die trefflichen Ausführungen des Genossen Schippel zu beherzigen. Von der Abfassung einer Resolution habe man Abstand genommen. Jeder einzelne habe die Pflicht, ein Agitator zu werden und dem Verbands neue Anhänger zuzuführen. — Nachdem noch zur Hilfeleistung bei der Stadtverordnetenwahl aufgefordert worden war, erfolgte gegen 2 1/2 Uhr mit einem tausenden Hoch auf den Verband der Schluss der von etwa 1800 Personen besuchten Versammlung.

Die Bauarbeiter versammelten sich am vorigen Sonntag im „Ewinemünder Gesellschaftshaus“, Ewinemünderstr. 30. Kollege Gasmann sprach über die Thätigkeit des Gewerbegerichts und erwähnte mit Bedauern, daß sich viele Arbeiter ihrer Rechte und Pflichten nicht bewusst sind, wenn auch, wie ein Assessor neulich bemerkte, die Unkenntnis einschlägiger Bestimmungen auf Seiten der Arbeitgeber eine größere sei. Schließlich forderte der Redner die Kollegen auf, die Weisiger zum Rath anzugehen, falls sie dessen bedürfen. Nachdem in der Debatte mehrere Redner gesprochen und Kollege Wallentin seine Erfahrungen als Weisiger zum besten gegeben, folgte der Kassenbericht vom 2. Quartal, der Bestand beträgt 98,78 M. Als Revisor wird Kollege Krüger nachgewählt und auf Antrag Gasmann beschloß, eine nochmalige Revision vornehmen zu lassen. Die Wahl eines 2. Schriftführers wird vertagt und Kollege Zeich als Zahlstellen-Inhaber für den Norden nach längerer Debatte von der Versammlung bestätigt. Nachdem noch bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung des Vereins im Südwesten am 10. Dezember stattfindet, wird die Versammlung geschlossen.

In der letzten Generalversammlung des Arbeitervereins für Kummelsburg und Umgegend erstattete der Kassirer den Kassenbericht vom letzten Quartal. Demnach betrug die Einnahme 279,67 M., die Ausgabe 181,90 M.; mithin bleibt Bestand 97,77 M. Die Abrechnung von der Kassalei und vom Stiftungsfest ergab einen Ueberschuss von 29,35 M. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht des Vorstandes. Aus demselben ist hervorzuheben, daß im verflochtenen Jahre 14 Vereinsfestungen und 17 Vorstandsfestungen stattgefunden haben. 400 M. von den Ueberschüssen sind dem Vertrauensmann überwiesen, die Mitgliederzahl hat sich bedeutend vermehrt. Der Bibliothekar hob in seinem Bericht mit Bedauern hervor, daß die Bibliothek nicht in dem Maße benutzt wird, wie es erwartet wurde. Die Zahl der Bücher beträgt 70, der Werth derselben 133 M. 80 Pf. In den Vorstand wurden gewählt: zum Vorsitzenden Genosse Scheid, zum Kassirer Weigel, zum Schriftführer Ritter, zu Beisitzern Gehrich, Franz und Singer. Zu Hilfsrevisoren Braunschiff, Kraum und Deutschmann. Zu Revisoren G. Schmidt, J. Schmidt und Kaushold und zum Bibliothekar Genosse Rosenkranz. Nachdem noch zum Weihnachts-Vergnügen ein Komitee, bestehend aus den Genossen Dehling, Krüger, Krinke, Gehrich, Schmidt I, Schmidt II und Unerfähr gewählt, machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Genossen in ihrem Bestreben für den Verein zu wirken nicht erlahmen mögen, sondern fortgesetzt für die Verbreitung unserer Ideen Sorge tragen.

Briefkasten der Redaktion.

Zur Notiz. Nachdem mir von der Redaktion des „Vorwärts“ mitgetheilt wurde, daß außer dem in der Sonntagsnummer veröffentlichten Artikel über die Gewerkschaftsfrage von einem ihrer süddeutschen Mitarbeiter noch ein zweiter Artikel von Genossen v. Elm zur Veröffentlichung kommt, werde ich, um mir die Zeit und dem „Vorwärts“ den Raum zu ersparen, auf beide Artikel zugleich antworten.

H. Weber.

S. B. 30. 1. Ein Darlehen erlischt keineswegs mit dem Tode des Gläubigers, sondern geht auf dessen Erben über. 2. Vom Tage der Gültigkeit ab, wenn die Gültigkeit eingetreten, läßt sich ohne nähere Darlegung nicht angeben.

100. Mit einer Klage wurden Sie schwerlich durchdringen.

S. B. Ein Darlehen verjährt nicht.

H. B. Ehedurch ist nur auf Antrag des verletzten Gatten und nur dann strafbar, wenn wegen des Ehebruchs die Ehe getrennt ist. Verurteilung eines noch nicht 16 Jahre alten, unbescholtenen weiblichen Kindes ist auf Antrag strafbar.

H. B. Wenden Sie sich an das Schöffengericht mit dem Antrage, die Ihnen vom Gegner zu erhaltenden Laken festzusetzen. Auf Grund des dann ergehenden Beschlusses können Sie Pfändung u. s. w. vornehmen.

S. A. Allerdings bestimmt § 77 der noch jetzt gültigen Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810: zeit das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Jorn und wird von ihm mit Scheltworten oder mit geringen Thätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Beugung fordern.